

25 JAHRE

Stiftung Marktwirtschaft
und Kronberger Kreis
Wolfram-Engels-Preis

Inhalt

Begrüßung Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft	6	Einen Menschen in seiner Freiheit ernst zu nehmen, bedeutet, ihm Freiheit zuzumuten Erwiderung des Preisträgers Dr. Notker Wolf, Abtprimas des Benediktinerordens	60	Olaf Scholz MdB und Dr. Hermann Otto Solms MdB Moderation: Christoph Keese, Chefredakteur Welt am Sonntag	80
Freiheit, Wettbewerb, Verantwortung 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft Prof. Dr. Theo Siegert, Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Marktwirtschaft	10	Übergabe des Wolfram-Engels-Preises durch Dr. Rainer Hildmann, Vorsitzender des Kuratoriums der informedia-Stiftung und Vorsitzender der Jury	68	Impressionen	90
Freiheit und Gerechtigkeit Festvortrag von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Richter des Bundesverfassungs- gerichts	20	Grußwort des Kronberger Kreises Prof. Dr. Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises	74	Die Stiftung Marktwirtschaft	100
Rückenwind für Reformen nutzen Grußwort von Dr. Otto Graf Lambsdorff	38	„Zwischen Ordnungspolitik und Gruppeninteressen – wohin steuert die Marktwirtschaft?“ Podiumsgespräch mit Kerstin Andreae MdB, Friedrich Merz MdB,		Der Kronberger Kreis	104
Laudatio Dr. Norbert Lammert, Bundestagspräsident	46			Publikationen	108
				Wolfram-Engels-Preis	120
				Die bisherigen Preisträger	121
				Anmeldeliste	122
				Impressum	128



Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort,
Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Da mit der Begrüßung so vieler geschätzter Gäste meine knappe Redezeit fast schon abgelaufen ist, beschränke ich mich auf drei Dinge. Erstens heiße ich Sie auch im Namen meines Stiftungsvorstandskollegen Bernd Raffelhüschen sehr herzlich willkommen zum Festakt aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Kronberger Kreises, unseres heutigen wissenschaftlichen Beirats, und der Stiftung Marktwirtschaft sowie zur Verleihung des Wolfram-Engels-Preises der informedia-Stiftung.

Zweitens danke ich Ihnen allen für Förderung, Ermutigung und Anregungen, für kritisch-konstruktive Begleitung. Besonders der Politik danke ich für die Offenheit, sich unsere Vorschläge zumindest immer wieder anzuhören. Dies, obwohl die Verantwortlichen zuweilen glauben, nicht mit allen unseren Anregungen beim Souverän punkten zu können. Zumindest jetzt noch nicht. Denn, drittens, werben wir weiter für Freiheit, Markt und Wettbewerb. Nicht zum Nutzen einiger weniger, sondern mit dem Erhardschen Maßstab des „Wohlstands für alle“.



Bernd Raffelhüschen (Vorstand Stiftung Marktwirtschaft)

Und wir tun dies im Sinne Max Webers:

„Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre“.

Ich verspreche Ihnen:

Die Stiftung Marktwirtschaft wird – gemeinsam mit dem Kronberger Kreis – weiterhin mit Leidenschaft und Augenmaß sowie vor allem mit fröhlicher Penetranz nach dem vermeintlich Unmöglichen greifen, z.B.

- nach einem Arbeitsmarkt, der seinen Namen verdient, weil er Flexibilität und damit Dynamik ermöglicht,
- nach einem Gesundheitssystem, in dem Freiheit und Wettbewerb ihren Ausdruck finden,
- nach einer besseren, stetigeren und auch interkommunal gerechteren Finanzierung der Städte und Gemeinden, die von allen Wirtschaftenden einen

Beitrag abfordern darf, für die Unternehmen aber kein Hemmnis und Risiko darstellt,

- nach öffentlichen Haushalten ohne Neuverschuldung.

Noch vor 15 Jahren war es in Deutschland kaum möglich, nach 13 Uhr am Samstag einen Liter Milch zu kaufen. Die Ladenschluss-Diskussion war zäh, aber es hat sich etwas bewegt. Das ist uns Ansporn für die wichtigeren Inhalte.

Ordnungspolitik und Wohlergehen der Menschen sind keine Widersprüche, sondern zwei Seiten derselben Medaille – auf Makroebene sowie im Rahmen dieses Festakts für Sie hoffentlich auch auf Mikroebene.

Es bleiben noch kurze Hinweise:

- Die Jubiläumspublikation sowie eine DVD mit allen 45 Studien des Kronberger Kreises und 100 Argumenten der Stiftung samt Schlagwortregister werden nach der Veranstaltung beim Ausgang ausgegeben – genauso das Buch „Worauf warten wir?“ des heutigen Preisträgers als inspirierende Gabe der informedia-Stiftung.
- Aus dringenden familiären Gründen muss eine Programmänderung erfolgen: Statt Fritz Kuhn wird die neue wirtschaftspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, Kerstin Andreae, die Diskussion bestreiten.
- Eine zweite Veränderung: Die FDP vertritt Dr. Hermann Otto Solms, da Dr. Otto Graf Lambsdorff uns früher als geplant verlassen muss. Er wird deshalb im Anschluss an die Preisverleihung kurz zu uns sprechen, insbesondere über den ordnungspolitischen Aufbruch 1982, in dem das sogenannte „Lambsdorff- Papier“ und die Gründung der Stiftung zusammenfallen.

Ich wünsche Ihnen einen anregenden wie unterhaltsamen Abend und bitte nun den Vorsitzenden des Stiftungsrates um seine Ansprache.



Freiheit, Wettbewerb, Verantwortung 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft

Prof. Dr. Theo Siegert, Vorsitzender des Stiftungsrates
der Stiftung Marktwirtschaft

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und 25 Jahre Kronberger Kreis sind natürlich ein Grund zum Feiern. Die gemeinsamen 25 Jahre sind vor allem aber ein Grund des Dankes. Des Dankes an alle, die heute gekommen sind und über deren Anwesenheit wir uns sehr freuen. Aber auch Grund des Dankes an diejenigen, die vor 25 Jahren die Grundlagen von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis gelegt haben. Von den Gründungsvätern freuen wir uns besonders begrüßen zu können: Professor Krahn, unseren Ehrenvorsitzenden und die Herren Dr. Peltzer und Dr. Weiss.

Herrn Dr. Weiss gilt außerdem unser herzlicher Dank für seinen so engagierten und fesselnden Zeitzeugenbericht über die Entstehung von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis. Aus dieser Chronik ist der Enthusiasmus der Initiatoren, vor allem Wolfram Engels und Ludwig Eckes, wunderbar herauszulesen. Und jeder, der Herrn Weiss gut kennt, weiß, wie sehr ihn auch heute das Feuer unserer gemeinsamen Idee „Mehr Mut zu Freiheit und Markt“ be-seelt.

Freiheit, Wettbewerb, Verantwortung

Aber feiern könnten wir vor allem nicht ohne die engagierte Arbeit des Kronberger Kreises, des wissenschaftlichen Beirates – und vor allem Urzelle – der Stiftung Marktwirtschaft. Der Kronberger Kreis trat im Jahr 1982 mit der insbesondere von Wolfram Engels geprägten programmatischen Schrift „Mehr Mut zum Markt“ an die Öffentlichkeit.

Die Fülle der Themenstellungen, aber vor allem das Niveau der Argumentation und die wissenschaftliche Fundierung prägen die Arbeit des Kronberger Kreises. Und wir sind stolz, dass heute Abend die Mitglieder des Kronberger Kreises bei uns sind, Professor Eekhoff (Sprecher des Kronberger Kreises), die Professoren Donges, Franz, Fuest, Möschel und Neumann, aber auch viele frühere Mitstreiter.

Seit 25 Jahren, meine Damen und Herren, treffen sich die Mitglieder des Kronberger Kreises einen Samstag im Monat. Wer mit Voltaire weiß, dass der Samstag eigentlich der Kultivierung des Gartens gilt, zumindest aber der Kultivierung des Familienlebens, kann ermessen, dass die familiäre Begeisterung über dieses Zeitbudget bei den Ehepartnern limitiert ist.

Neben dem Kronberger Kreis gibt es aber noch ein weiteres wichtiges Gremium der Stiftung Marktwirtschaft, das Kuratorium, als dessen Vorsitzenden ich Professor Schweickart entschuldigen muss. Herr Schweickart war nicht nur mein Vorgänger im Amt des Vorsitzenden des Stiftungsrates, sondern begleitet unsere Stiftung nach wie vor engagiert, großzügig und tatkräftig als Vorsitzender des Kuratoriums. Als Gründungsmitglied des Kuratoriums begrüße ich auch ganz besonders herzlich Herrn Prof. Dr. Langmann. Dr. van Hooven, der erste Vorsitzende des Kuratoriums, ist heute kurzfristig verhindert.

Zu danken ist aber auch ganz besonders den Stiftern der informedia-Stiftung, den Herren Dr. Hildmann, Kunkel und Nimtz, die Mit-Gastgeber unseres heutigen Jubiläums und gleichzeitig Stifter des Wolfram-Engels-Preises sind und unseren Umzug nach Berlin maßgeblich ermöglicht haben.

Eine zentrale Stütze unserer Arbeit sind die Förderer und Mitglieder des Freundeskreises der Stiftung Marktwirtschaft. Es sind Privatpersonen, Unternehmen und Stiftungen. Sie ermöglichen nicht nur viele Projekte, sondern unterstützen

uns oft mit hochwillkommenem Rat aus der Praxis.

Ebenso gilt unser herzlicher Dank für namhafte Zustiftungen Frau von Bergmann sowie den Herren Nimtz und Peters, aber auch unseren Gastgebern der DZ Bank, den Herren Brixner und Kirsch für den festlichen Rahmen.

Sie alle haben maßgeblichen Anteil daran, dass wir heute in diesem Rahmen, vor allem aber mit diesen Persönlichkeiten 25 Jahre der Stiftung Marktwirtschaft und 25 Jahre Kronberger Kreis feiern können.

Aber meine Damen und Herren, seien wir realistisch. Es gibt viele Stiftungen, es gibt viele gute Zwecke und für jeden, der für eine Idee arbeitet, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten des Engagements. Warum also Stiftung Marktwirtschaft, warum Kronberger Kreis? Welche Grundinhalte kennzeichnen unsere Arbeit?

Unser Selbstverständnis ist geprägt von Unabhängigkeit und Überparteilichkeit. Leitinhalte unserer Arbeit sind: Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung.

Freiheit ist die Grundvoraussetzung unserer Arbeit. Zwei preußische Zitate sollen die Spannweite des Freiheitsbegriffes ausleuchten. Einerseits bezeichnet Novalis, also Friedrich von Hardenberg, Freiheit als „den Zustand der schwebenden Einbildungskraft“ – ein Anklang an einen arkadischen preußischen Musenhof. Andererseits definiert der Staatsphilosoph Hegel strikt und fordernd: „Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit“. Zwischen diesen Polen ist genügend Raum zur Entfaltung von individueller Freiheit. Andererseits wissen wir: Je freier die Menschen sind, desto ungleicher werden sie.

Insofern freuen wir uns besonders, dass wir als so profilierten Referenten zum Thema „Freiheit und Gerechtigkeit“ Professor Udo Di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts, gewinnen konnten.

Das zweite Leitmotiv unserer Arbeit bilden Markt und Wettbewerb. Märkte und Wettbewerb haben in allen Zeiten Entdeckungs- und Kommunikationsfunktionen gehabt.

Durch sie sind immer bessere Lösungsansätze erprobt und verbreitet worden. Freiheitliche Kaufmannsrepubliken wie Venedig, aber auch

die zahlreichen europäischen Kleinstaaten zur Zeit der Renaissance waren ideale Experimentierfelder, um neue Sozialtechniken und neue Organisationsmuster zu testen.

Lassen Sie mich aber auch unser drittes Leitmotiv erwähnen: Die Verantwortung. Unter Verantwortung verstehen wir das Sich-Kümmern um die öffentlichen Güter, das Ernstnehmen externer Effekte, aber auch Selbstverantwortung. Das Sich-Kümmern um die Spielregeln einer Marktwirtschaft im Sinne des Leistungswettbewerbs.

Denn ohne Regelwerk und ohne Instanzen, die Regeln durchsetzen, kann sich die innovative Kraft von privatem Eigentum nicht entfalten. Aber so wie Humboldt die Grenzen der Wirksamkeit des Staates sah, so wissen auch wir, dass es Grenzen der Wirksamkeit des Marktes gibt. Verantwortung bedeutet, sich auch der Grenzen der Marktwirtschaft im Sinne der „Tragedy of the Commons“ bewusst zu sein. Seit der Coase-Debatte wissen wir, dass man zwar selbst Leuchttürme privat betreiben kann, aber wir alle wissen auch, dass in jeder Gesellschaft nur Regeln akzeptiert werden, die zumindest die Mehrheit für fair oder sachgerecht hält.

Wir alle sind überzeugt von der Vorteilhaftigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung, von ihrer Bewährung in vielen Staaten und in unterschiedlichen Zeiträumen. Uns ist aber auch die Gefährdung des Systems bewusst, die permanente Gefährdung von Freiheit. Gerade aus diesem Grunde ist der kontinuierliche Einsatz für diese, unsere gemeinsame Idee nötig. Denn es gibt immer wieder Situationen, die in einer Wettbewerbsgesellschaft dem „Common Sense“ entgegenlaufen, die schwer zu erklären sind und ungerecht erscheinen.

Eine Technik, mit der man scheinbar so vieles einfach erklären kann, bezeichnete Friedrich August von Hayek in seiner Nobelpreisrede als „Pretence of Knowledge“. Einfache Erklärungsmuster sind immer dann gefragt, wenn es darum geht, möglichst vielen Menschen in möglichst kurzer Zeit ein Handlungsprogramm zu vermitteln.

Die Idee des marktwirtschaftlichen Experimentierens ist einfachen Erklärungsmustern genau entgegengesetzt. Deshalb ist es so schwer, allen Bürgern den Wert der Marktwirtschaft zu vermitteln. Die marktwirtschaftliche Ordnung hat



sich nicht entwickelt durch „human design“ Einzelner, sondern durch „human action“ von Vielen. Sie geht davon aus, dass wir nicht viel wissen, sondern viel versuchen müssen zu erfahren, durch zahlreiche Marktplätze, durch

Experimente und durch Wissens-Wettbewerb. Niemand kann sich des richtigen Weges sicher sein. Aber gerade diese Botschaft erreicht nicht viele Menschen, denn sie erzeugt Unsicherheit. Und gerade das Bewusstsein dieses prinzipi-

ellen Nicht-Wissens verlangt eine Portion Glauben. Nämlich unseren Glauben daran, dass wir uns zumindest prinzipiell auf den richtigen Pfad hin orientieren.

Und meine Damen und Herren, Sie werden es ahnen, die Kategorie von Glauben und Verantwortung bringt mich zum Preisträger des Wolfram-Engels-Preises, den Abtprimas Dr. Notker Wolf. Er hat sein preisgekröntes Buch unter ein Motto aus dem Psalm 66 gestellt: „Wir gingen durch Feuer und Wasser, doch du hast uns in die Freiheit hinaus geführt.“ Und passend zu den drei Leitmotiven der Stiftung Marktwirtschaft stellt Notker Wolf fest: „Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung.“

Natürlich finden wir auch Parallelen in dem folgenden Zitat: „Die benediktinische Regel unterwirft die Gemeinschaft nicht starren Gesetzen, sondern weist ihr anhand von Leitlinien die Richtung.“ Benedikt wusste nur zu gut, dass jeder Mensch anders und keiner vollkommen ist und dass man alle mit dem Versuch überfordern würde, perfekte Zustände durch peinlich genaue Vorschriften herbeizuführen. Nach Benedikts Vorstellung „verbinde der Abt Strenge mit

Liebenswürdigkeit“, aber all das hat nur den einen Zweck: „den Menschen frei zu machen“.

Meine Damen und Herren, ich werde der Versuchung widerstehen, die Parallelen zwischen der Stiftung Marktwirtschaft und dem Benediktinerorden zu weit zu treiben. Zwar müssen Mönche auch arbeiten, wie Notker Wolf schreibt, aber sie brauchen sich zumindest keinem direkten Wettbewerb auszusetzen ...

Neben der Freiheit stehen aber Wettbewerb und Verantwortung auch im Zentrum unseres Podiumsgesprächs, für das wir Persönlichkeiten wie Hermann Otto Solms, Kerstin Andreae, Friedrich Merz und Olaf Scholz gewinnen konnten, und für dessen Moderation ich Christoph Keese schon jetzt in unser aller Namen herzlich danke. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Frage: Wie schaffen wir es, jenseits von Gruppeninteressen zu insgesamt tragfähigen Lösungen zu kommen?

Wenn wir, meine Damen und Herren, die Positionsbestimmung versuchen wollen, „wohin steuert die Marktwirtschaft“, so ist eine Situationsaufnahme wichtig: Wenn wir auch viele Ent-

wicklungen kritisch begleiten, so können wir doch feststellen, dass sich die Position Deutschlands im Wettbewerb der Nationen in den letzten Jahren wesentlich verbessert hat. Wenn auch aus der „Financial Times“ ein so positives Echo auf viele Änderungen zum Besseren tönt, dann kann man auch ruhig feststellen: „Wir haben Einiges erreicht.“

Auch als Stiftung Marktwirtschaft haben wir Einiges erreicht, dank beharrlicher Arbeit, dank des kontinuierlichen Bohrens an dicken Brettern und auch dank der fröhlichen Penetranz, wie es Herr Eilfort so schön angesprochen hat. Aber in einem Punkt muss die Stiftung Marktwirtschaft noch mehr arbeiten. Wir müssen noch mehr jüngere Mitglieder für unser Anliegen gewinnen. Dieses ist und bleibt mein zentrales Bestreben und meine herzliche Bitte an Sie lautet: Machen Sie bitte auch die noch Jüngeren auf die Arbeit der Stiftung Marktwirtschaft und des Kronberger Kreises aufmerksam.

Natürlich nimmt sich auch der Stiftungsrat dieses Problems an und wir haben gerade heute in einer Sitzung vor dem Festakt beschlossen, dass die Stiftung Marktwirtschaft einen Swift-Preis

für Wirtschaftssatire ausschreibt. Mit diesem Preis verbinden wir drei Ziele:

- Wir möchten neue Kommunikationskanäle für die Anliegen der Stiftung Marktwirtschaft erschließen.
- Wir möchten die Stiftung Marktwirtschaft noch besser positionieren.
- Und besonders möchten wir Journalisten, also Meinungsmultiplikatoren, auszeichnen und ermuntern, sich dem Genre der Wirtschaftssatire zu widmen.

Der Name „Swift-Preis“ bot sich aus zwei Gründen an:

- Ein Grund ist die klassische Definition von Swift: *„Die Satire ist eine Art Spiegel, worin der Betrachter gewöhnlich jedes Gesicht erkennt, außer dem Eigenen, was die Hauptursache dafür ist, dass ihr die Welt eine so freundliche Aufnahme zuteil werden lässt und sich so wenige von ihr getroffen fühlen.“*

- Diese Dialektik hat natürlich den Stiftungsrat beeinflusst, aber es gibt noch einen zweiten Grund für diesen Preis, der mit 10.000 Euro dotiert sein wird und der ebenfalls von Swift stammt: *„Kein Mensch nimmt guten Rat an, aber*



jeder nimmt gern Geld, also ist Geld besser, als guter Rat?“.

Aber, meine Damen und Herren, die Stiftung Marktwirtschaft möchte Beides. Sie möchte Preisträger auszeichnen, aber sie möchte auch Rat geben – unabhängig, überparteilich und wissenschaftlichen Kriterien verpflichtet.

Wir wollen auch weiterhin durch Experten-Tagungen und Symposien das Forum bieten, auf dem um bessere Lösungen gestritten wird. Wir möchten die Qualität der Argumentation weiter entwickeln, die unsere Arbeit bisher gekennzeichnet hat und mit der sich sowohl der Kronberger Kreis als auch die Stiftung Marktwirt-

schaft den guten Namen gemacht haben im Geist von Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung. In diesem Sinne wollen wir der unabhängige und überparteiliche Leuchtturm sein.

Konkret: Unsere Arbeitsgebiete sind nach wie vor der Arbeitsmarkt, das soziale Sicherungssystem und das Gebiet Steuern. Unsere Kommission „Steuergesetzbuch“ wird bald einen Gesetzentwurf zur Einkommensteuer vorlegen. Für den nach Ansicht nahezu aller Experten gelungenen Vorschlag zur Nachfolge der Gewerbesteuer werben wir weiter. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, die hervorragende Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“ und ihre Koordination durch Herrn Eilfort verdient einen besonderen Applaus.

Wir arbeiten ebenfalls im Sinne der Bilanz eines „ehrbaren Kaufmanns“ daran, sämtliche Verpflichtungen eines Gemeinwesens wie der Bundesrepublik darzustellen und zu bilanzieren. Dies ist ein Projekt unter Leitung von Herrn Raffelhüschen, welches uns sowohl im internationalen Vergleich wie in der Darstellung unterschiedlicher Zeithorizonte noch einige Jahre beschäftigen wird.

Über die positive Medienresonanz im letzten Jahr haben wir uns sehr gefreut. Ein bedeutender Medienpreis positioniert die Arbeit der Stiftung Marktwirtschaft 2006 zwischen Max-Planck-Gesellschaft und DFG – etwas akademisch, aber sehr erfreulich. All dies geht nicht ohne Ihre Unterstützung, vor allen Dingen jedoch nicht ohne engagierte Arbeit. Für Ihre enorme und erfolgreiche Arbeit danke ich nun zunächst den beiden Vorständen der Stiftung Marktwirtschaft, den Professoren Eilfort und Raffelhüschen, ganz herzlich. Lieber Herr Eilfort, lieber Herr Raffelhüschen, mit derartigem Einsatz kann nur arbeiten, wer sich eine Sache zu Herzen nimmt und ein leuchtendes Beispiel dafür gibt, wie man sich intelligent und konzentriert um die „res publica“ kümmert.

Unser herzlicher Dank gilt aber auch Herrn Dahlmanns, der über 15 Jahre bis 2001 die Grundlagen des damaligen Frankfurter Instituts gelegt hat.

Und meine Damen und Herren, damit Sie sich ein wenig wundern, wie mit wenigen Köpfen so viel erreicht werden kann, möchte ich Ihnen auch die Namen der Mitarbeiter der Stiftung nennen:

Frau Juritz und Frau Klöppel, für die Organisation, Frau Hübner, die für die Kommunikation zuständig ist und die Herren Raddatz und Klepper, die die Inhalte verantworten sowie Herrn Wenkebach, der für die Koordination mit dem Kronberger Kreis sorgt. Denn, meine Damen und Herren, wenn es eine soziale Gerechtigkeit gibt, dann ist es sicher die, denen zu danken, die Tag für Tag und manche Nacht für die Qualität der Arbeit einstehen.

Ihnen allen, die unsere Arbeit begleiten, ob freundlich oder mit Kritik, sei herzlich gedankt. Denn ohne Ihre Unterstützung hätte die Stiftung Marktwirtschaft nicht den Wirkungskreis erreichen können, den sie sich erarbeitet hat. Diesen Dank möchte ich mit dem Appell schließen: Bitte bewahren Sie uns auch weiterhin Ihre Zuneigung, Ihr kritisches Interesse und – Ihre Großzügigkeit.

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zum ersten Höhepunkt unserer Veranstaltung und begrüße nochmals ganz herzlich Professor Udo Di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts. Professor Di Fabio, wir freuen uns auf Ihre Festansprache „Freiheit und Gerechtigkeit“.



Freiheit und Gerechtigkeit

Festvortrag von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio,
Richter des Bundesverfassungsgerichts

I. Gerechtigkeit als Verteilungsdiskurs

Gerechtigkeit ist ein großes Wort, über das sich kühl rasonieren, aber auch voller Leidenschaft streiten lässt. Die großen Revolutionen der Neuzeit, die gescheiterten wie die erfolgreichen, viele Kämpfe in der Geschichte wurden unter dem Banner der Gerechtigkeit geführt. Wer die Entscheidung eines Einzelfalles, eine allgemeine Regelung oder gar eine ganze gesellschaftliche Ordnung für ungerecht hält, der stellt eine Fundamentalfrage mit moralischem Oberton. Der Satz „Das ist ungerecht!“ ist schon der Aufschrei des kleinen Kindes, wenn seine Erwartungen an Gleichheit und Verantwortlichkeit enttäuscht werden. Wer für eine identische Leistung in der Schule eine schlechtere Note erhält als sein Mitschüler, ruft nach Gerechtigkeit, wer für einen Schaden bestraft wird, den nicht er, sondern ein anderer angerichtet hat, erlebt Ungerechtigkeit wie eine körperliche Pein, die seinen Glauben an die „gute“ Ordnung der Welt erschüttert.

Verletztes Gerechtigkeitsempfinden kann gefährlich werden. Der von Kleist dramatisch in Szene gesetzte Michael Kohlhaas – jener Kaufmann, dem von einem frechen Junker übel mitgespielt worden war, und nachdem er gerechten Ausgleich nicht fand, die Welt in Brand setzte – ist nicht nur eine tragische Person¹, sondern zugleich eine Warnung an die Gesellschaft, Mahnung zur Allgemeinheit des Gesetzes und zum gerechten Ausgleich verantworteten Un-

¹ „Das Rechtgefühl aber machte ihn zum Räuber und Mörder,“ so Heinrich von Kleist.

rechts, vielleicht aber auch eine Warnung, Gerechtigkeit nicht allein im Recht, jedenfalls aber nicht um jeden Preis zu suchen.

Untersucht man die Welt mit der Sonde der Gerechtigkeit, stößt man auf unendlich vieles, was der Diskussion bedürftig scheint. Ist es nicht schreiende Ungerechtigkeit, wenn die Vorstände einer großen Bank oder eines Versicherungsunternehmens sich ihre Millionengehälter um 30% erhöhen und in einem Atemzug Tausende von weit schlechter bezahlten Mitarbeitern vor die Tür zu setzen scheinen, um im nächsten Jahr aus der guten Bilanz eine noch bessere werden zu lassen? Ist es gerecht, von einer Leiharbeitsfirma als Gebäudereiniger 6 Euro die Stunde angeboten zu bekommen, während im europäischen Ligafußball zweistellige Millionensummen für die vertragliche Verpflichtung eines einzigen Spielers geboten werden? Wie ist es mit der gerechten Ordnung der Welt, wenn 20% der Weltbevölkerung – Europa, die USA und Japan – 80% der Ressourcen des Planeten Erde verbrauchen und jetzt die Newcomer daran hindern wollen, Klima und Umwelt vollends aus den Fugen zu bringen? Wie kann man es unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ertragen, dass Reiche mit ihrem Kapital Renditen bis zu 20% erwirtschaften, die Weltwirtschaft um jährlich 4% wächst und zugleich so viel Hunger und Elend auf der Erde bleibt?

All diese Beispiele haben etwas mit Wirtschaft zu tun und der Frage nach Arm und Reich, gerechten Preisen, gerechten Löhnen, gerechter Verteilung. Wir akzeptieren es viel leichter, dass ein Mensch besonders schön ist oder ein Virtuose am Flügel, weil wir so etwas nicht auf das Wirtschaftssystem, sondern die Zufälligkeit der Natur, allenfalls in Verbindung mit persönlichem Verdienst, zurechnen. Die Verengung auf wirtschaftliche Fragen⁴ mag einen Grund darin finden, dass es einfach nicht zu gelingen scheint, aus dem Bannstrahl des großen Aristoteles herauszutreten, der irgendwie alles schon vor mehr als 2.300 Jahren einmal gedacht hat und deshalb auch seine Einteilung zur Ge-

rechtigkeit uns überliefert ist, die als „austeilende“ und „ausgleichende“ Gerechtigkeit ebenfalls immer sofort an materielle Güter und weniger beispielsweise an Pflichten denken lässt⁵.

Man könnte noch weiter gehen und sagen, dass unsere Gesellschaft im Wesentlichen nur noch dann über Gerechtigkeit zu reden imstande ist, wenn sich ein Ungleichheitsproblem ökonomisch formulieren lässt. Wenn ein Familienpolitiker die öffentliche Meinung durch den Hinweis irritiert, es sei schreiend ungerecht, dass die Eltern die generativen Lasten unserer Zukunft tragen, während die steigende Zahl der Kinderlosen von dieser Arbeit anderer profitiert, dann hat er einen zentralen Zusammenhang jeder Gesellschaft wirtschaftlich formuliert, und er hat vermutlich nicht Unrecht. Allerdings kann man die Welt – und das diskreditiert keineswegs die wirtschaftliche Betrachtungsweise – auch anders betrachten. Es ist noch nicht lange her, da galt Kinderlosigkeit als hartes Schicksal und eine vernünftige Zahl an Kindern als das große Glück von Männern und Frauen. Aber diesen Zusammenhang konnte man nicht als rationale Verteilungsentscheidung rekonstruieren, sondern nur als Schicksal, Gottes Fügung oder allenfalls als eigene Verfehlung, ganz anders als bei wirtschaftlichen oder politisch-rechtlichen Zuweisungen.

Die Wirtschaft ist bei näherer Betrachtung wegen ihrer distributiven Effekte als Tauschsystem der Gütererzeugung und -verteilung in das Fadenkreuz der Gerechtigkeitsdiskurse geraten. Aber auch der Staat verteilt Rechte und Pflichten, so dass wir ihn hier ebenfalls mit Gerechtigkeitserwägungen konfrontiert sehen. Wie viel Steuer ist gerecht, wie viel Grundsicherung, wann ist ein Schulsystem gerecht ausgestaltet, wann der Kündigungsschutz? Wäre es gerecht, von Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG abzuweichen und die Gleichheit vor dem Steuergesetz geschlechtsspezifisch aufzubrechen? Ist der Gleichheitssatz nicht ohnehin, wie Niklas Luhmann meint, die eigentliche Formel für Gerechtigkeit, ihre Substanz, jedenfalls im Recht?

² Vgl. Astrid Epiney, „Gerechtigkeit“ im Umweltvölkerrecht, APuZ 24/2007, 31ff.

³ Solche Fragen stellt etwa Franz Josef Rademacher, Welt mit Zukunft, 2007, S. 66, S. 75ff.

⁴ Zum Beispiel: Gemeinnutz und Eigennutz. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1991; sowie das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997.

⁵ So wird denn heute, keineswegs ironisch, ganz zwanglos eine Brücke von Aristoteles zum Verbraucherschutz unserer Tage geschlagen, siehe Jürgen Oechsler, Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag, 1997, S. 55 ff.

II. Gerechtigkeit nur im Kontext gesellschaftlicher Ordnungsideen

Lässt man diese ersten Eindrücke auf sich wirken, so scheint Gerechtigkeit etwas mit der Idee der Gegenseitigkeit in Tauschverhältnissen, mit Verteilung nach Verantwortungs-, Leistungs- und Bedürftigkeitsgesichtspunkten und mit darauf bezogenen Gleichheitserwartungen zu tun zu haben.⁶ Diese allgemeine Fixierung scheint als Rahmen für Gerechtigkeitsfragen durchaus eine gewisse historische Kontinuität zu belegen, nur der gesellschaftliche Horizont verschiebt sich unablässig, und zwar nicht nur in der Trivialität des sich stets verändernden Seins, sondern viel wichtiger auch in der Normativität des Sollens. Man kann über Gerechtigkeit nicht reden, wenn man kein Bild der wirklichen und der vernünftigen Gesellschaft, wenn man kein Gesellschafts- und Menschenbild hat. Ändert sich dieser Horizont, so fallen die Antworten auf Gerechtigkeitsfragen ganz anders aus als bislang.

Man kann sich beispielsweise eine ständisch gegliederte, mittelalterliche Gesellschaft vorstellen, die holistisch denkt, weil zuerst die Schöpfungsordnung kommt und die Menschen als Angehörige von Gruppen ihren Platz in dieser Ordnung finden. Die grundlegende Plausibilität von gerechten Tauschverhältnissen gilt auch hier, aber ganz anders als in einer individualisierten Rechtsordnung. Wichtig ist weniger der Einzelne, sondern die Leistungen des Standes für die Harmonie der Welt: Der Klerus sorgt für das Seelenheil, der Adel für wehrhafte Sicherheit, die Bauern für das tägliche Brot, Kaiser und Papst stehen für die Einheit der Christenheit in einer ständisch stabilen, bodenständig ästhetischen sittlichen Ordnung.

Je nachdem wie man in einer solchen prästabilierten Ordnung die Leistungen der Stände nun gewichtet, kann es ganz plausibel sein, die Geistlichkeit und den Adel von Steuern zu verschonen und den arbeitenden Bauern und Bürgern Abgaben aufzuerlegen, die ja ohnehin nur zur Wertschöpfung berufen sind. Erst als spätestens im 18. Jahrhundert die Plausibilität einer solchen Gruppen-

⁶ Die Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit von Staaten sowie ihr Anteil an der Verursachung von Umweltbelastungen werden als Gerechtigkeitskriterien im Umweltvölkerrecht genannt: Astrid Epiney, „Gerechtigkeit“ im Umweltvölkerrecht, APuZ 24/2007, 31 (32).

tauschmaxime durch den Aufstieg der bürgerlichen Geldwirtschaft und durch ein neues Ideensystem der individuellen Subjektivität erschüttert war, empfand man jetzt eine Ungleichbehandlung, wo man vorher vielleicht die Gerechtigkeit einer gottgewollten Ordnung gesehen hätte.

Ein anderes Beispiel für die Abhängigkeit eines jeden Urteils über Gerechtigkeit von der Faktizität und der Normativität der gesellschaftlichen Ordnung ist das hinduistische Kastenwesen, das den Menschen außerhalb der Kasten praktisch nicht wahrnimmt und das im Streben nach eigener Erleuchtung eine ungewöhnlich selbstbezügliche Perspektive vermittelt,⁷ all das ist in der Konsequenz seiner Differenzierungen mit der westlichen Sozial- und Rechtsordnung kaum zur Übereinstimmung zu bringen.⁸

Das moderne Weltbild sieht den Menschen als Subjekt, als Herren seines eigenen Schicksals und verdrängt deshalb alle vorgestanzten Harmoniemodelle und Gruppenzuweisungen. Nur wenn jeder Erwachsene als freie, sittlich für sich und andere verantwortliche Persönlichkeit betrachtet wird, kann man in der Vertragsidee als Folge der Privatautonomie eine eigene förmliche Garantie materialer Gerechtigkeit sehen⁹: Die Form macht die soziale Bindung berechenbar und damit Freiheit als Gebrauch der Vernunft überhaupt plausibel. Die bürgerliche Regel, „jedem nach seiner Leistung“ und nicht etwa nach Geburt, Stand, Konfession, Geschlecht oder Hautfarbe, scheint heute immer noch als eine gleichsam triviale Forderung der Gerechtigkeit, weil mit der Freiheit des Individuums untrennbar seine Verantwortung für sich selbst verbunden ist.

Aber liegt in diesem Leistungsprinzip nicht auch eine fast darwinistische Härte, die eine Differenz der Natur – betreffend die angeborenen Fähigkeiten – in die Gesellschaft hinein verlängert und sich dort dann verfestigt und verstärkt, über Sozialisationsbedingungen und die Macht des akkumulierten Eigentums? Mag sein, dass die versunkene Adelsgesellschaft solche Kumulationseffekte nicht gefürchtet, sondern jedenfalls als aristokratische Bestenauslese gerade ge-

⁷ Dort, wo Erleuchtung und Wiedergeburt in einem sozialen System ihren Platz erhalten, erlangt der „Dvijati“ einen höheren Rang und ist höheren Rängen und auch Männern womöglich vorbehalten – alles Glaubensgebäude, die mit dem modernen Freiheits- und Gleichheitsprinzip in Spannung stehen. Näher Axel Michaels, Der Hinduismus: Geschichte und Gegenwart, 1998.

⁸ Vgl. dazu Max Weber, Schriften zur Religionssoziologie.

⁹ H.L. Hart, The Concept of Law, Oxford 1978, S. 121 ff.

sucht hätte. Aber wenn man wie unsere Zeit von der Gleichheit der Menschen und von Chancengleichheit ausgeht, sieht man die Kumulation des Erfolges in den privaten Vermögen oder die räumliche Differenz zwischen Inseln des Wohlstandes und Landstrichen der Armut als drückendes Strukturproblem.

Wenn man Fragen der Gerechtigkeit aus dieser normativen Perspektive der Gleichheit stellt und zudem (nach der Deutung Max Webers) nicht mehr in der Nähe von Calvins Prädestinationslehre steht,¹⁰ die im persönlich erwirtschafteten Erfolg, also im guten Werk, ein Zeichen des Erwähltheits sieht,¹¹ dann diskutiert man vermehrt ganz praktisch über Chancengerechtigkeit oder auch über Bedarfsgerechtigkeit und wählt zwischen beiden als Alternative. War insofern nicht die Reform der Grundsicherung für Arbeitslose, die Überführung der Erwerbsfähigen von der Sozialhilfe in die Arbeitsvermittlung ein gut begründeter Versuch, wieder der Leistungsgerechtigkeit vor einer reinen Bedarfsgerechtigkeit den Vorrang zu verschaffen, weil der Weg in die Mitte der Gesellschaft und zu einem selbstbestimmten Leben über eigene Arbeit und nicht über Alimentation verläuft?

Man kann ganz andersherum eine solche gesellschaftliche Forderung nach eigener Arbeitsanstrengung in einer Gesellschaft, der die Arbeit im unqualifizierten Bereich zu teuer wird, aber auch als ungerecht empfinden, wenn man nicht dieser bürgerlich-liberalen Freiheitsvorstellung, sondern einer kommunikativen Gleichheitsidee folgt.¹² Wäre aus dieser normativen Sicht der Dinge das heute von manchen propagierte Bürgergeld nicht in Wahrheit gerecht; eine Leistung aus Staatshand also, die von jeder Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme abgekoppelt wäre und das Leistungsprinzip gegenüber dem Bedarf lediglich als subventionierendes Anreizsystem in den Blick treten ließe? Fände dieser Weg nicht seine innere Rechtfertigung darin, dass unsere Gesellschaft längst so reich ist, dass sie keinen Bürger mehr in unwürdige Billigarbeitsverhältnisse drängen muss? An dieser Stelle merkt man vielleicht, dass der Diskurs über Gerechtigkeit keineswegs nur das philosophische Seminar be-

schäftigt, sondern subkutan jeder größeren sozialpolitischen Maßnahme zugrunde liegt und ihr – häufig subkutan – die geistige Richtung gibt.

Was wir als gleich oder ungleich empfinden, was wir als gerechten Preis oder als gerechte Behandlung von Menschen halten, hängt insofern ganz und gar von den Prämissen ab: Die Würfel sind gefallen, wenn wir wissen oder meinen zu wissen, was die gute, was die richtige Ordnung der Gesellschaft ist – und das ist immer eine Frage der Faktizität und der Normativität. Mit anderen Worten muss man zuerst wissen, wie eine Gesellschaft in ihren Funktionszusammenhängen beschaffen ist und wie sie nach normativen Überzeugungen und Herleitungen sein soll – um sodann entscheiden zu können, was gerecht ist. Man kann nicht ohne diesen Horizont aus allgemeinen Gerechtigkeitsmaximen ableiten, wie eine Gesellschaft beschaffen sein soll, eher läuft es umgekehrt: Die Debatte über Gerechtigkeit ist insofern viel stärker nur ein Sekundärdiskurs, als es Gerechtigkeitskonstrukteure mit universalem Anspruch wie John Rawls¹³ wahrhaben wollen.¹⁴

Wer diese Verhältnisse auf den Kopf stellt und nach abstrakt-universalen Gerechtigkeitsregeln die Gesellschaft erst konstruieren will, verbirgt häufig die Abhängigkeit seiner Prämissen von einer konkreten gesellschaftlichen Ordnung als seinem Argumentationshorizont, und er endet womöglich in einer ganzheitlich undifferenzierten Re-Moralisierung von Wirtschaft und Politik.

Der Philosoph, der mit Universalpragmatik ohne allzu großen Respekt vor Soziologie, Geschichtswissenschaft oder Verfassungsrecht zu Werke geht, ist nicht davor gefeit, ganz gegen seine Absichten, die gesellschaftlichen Grundlagen – aus denen die Plausibilität seiner angeblich logisch zwingenden universellen Regeln herrührt – zu gefährden. Die moderne Gesellschaft ist viel zu komplex, um über eine zentral formulierte Moral gesteuert zu werden, die nicht zugleich die Rationalität von Wirtschaft, Recht, Wissenschaft oder Religion als notwendig autonome Fremdleistungen akzeptiert.

¹⁰ Siehe dazu auch Hans Albert, *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, 1998, S. 275 f.

¹¹ Max Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, in: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, I. Band, 1947, S. 44 ff.

¹² Wobei jedes kommunikativen Denken die Referenzgemeinschaft angeben muss, auf die es sich bezieht. Bei einer kosmopolitischen Vorstellung hieße dies Bedarfsgerechtigkeit für alle Menschen auf dem Planeten, und viele Forderungen zielen bereits darauf und sinnieren auf die Instrumente, wie mit einer globalen Verteilungsbürokratie das dann riesenhafte Problem der Ungleichheit gelöst werden könnte.

¹³ John Rawls, *A Theory of Justice*, 1971.

¹⁴ Als abhängiger, aber durchaus eigenwilliger Diskurs wirkt er aber natürlich auf das zurück, von dem er abhängt. Diese Trivialität gilt für jedes Kommunizieren über Gesellschaft, weil keine Kommunikation außerhalb der Gesellschaft stattfinden kann, siehe Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 105.



Das heißt keineswegs, unsere Gesellschaft als unmoralisch und ungerecht zu akzeptieren, ganz im Gegenteil steht eine naive Re-Moralisierung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Recht im Verdacht, die Möglichkeit von Freiheit und Vernunft zu verengen, weil sie die moderne Differenzierung und Komple-

xität der modernen Gesellschaft verkennt. Wenn sich die Politik scheinbar an einfache moralische Regeln hält und Moral nicht so sehr als Leistung der individuellen Vernunft und Praxis ansieht, sondern als Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse, die der politischen Verantwortung und Zuständigkeit unterfallen,

wird sie immer wieder geneigt sein, in mit ihrem holistischen Programm im Grunde gar nicht erreichbare Institutionen zu intervenieren. Die raffinierte politische Philosophie kommt insofern zwar theoretisch anspruchsvoll daher, ist aber in Wahrheit viel zu unterkomplex.

Wenn man dagegen den Gerechtigkeitsdiskurs als Sekundärdiskurs betrachtet, wird man anspruchsvoller und vorsichtiger. Jedenfalls kann dann innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsverfassung nichts als gerecht empfunden werden, was diese Verfassung zerstören würde. Eine rationale Gesellschaft könnte es sich beispielsweise nicht leisten, Gerechtigkeit aus irrationalen Quellen abzuleiten und noch weniger, wenn die Ableitungsergebnisse rationale Verfahrensweisen gravierend behinderten.

III. Gesellschaft, verfasst nach dem Freiheitsprinzip

Es handelt sich auf den ersten Blick um eine Tautologie, wenn man gute Ordnung als gerechte Ordnung übersetzt. Der Erkenntniswert reicht indes doch über die Beschreibung eines Begriffs durch einen gleichartigen anderen weit hinaus. Wer über Gerechtigkeit rational reden will, muss sagen, wie er sich die Gesellschaft vorstellt. Was hält unsere Gesellschaft eigentlich zusammen und zwar normativ und faktisch? Die Antwort auf diese Frage kann niemand mit naturwissenschaftlicher Eindeutigkeit geben, aber man kann hier auch nicht einfach irgendetwas behaupten. Vor allem sollten diejenigen auf gehöriges Misstrauen treffen, die sich eine Seite oder einen Punkt der gesellschaftlichen Verfasstheit herausgreifen, ihn moralisierend zuspitzen und dann – paradoxerweise – mit großer holistischer Geste von dort aus die ganze Welt erklären und anklagen. Stattdessen kommt es darauf an, die moderne Gesellschaft in ihren Funktionsbedingungen zu verstehen, ihr geschichtliches Werden als Prozess der pfadabhängigen Selbstkonstitution zu begreifen und vor allem ihr Wertesystem rechtlich und außerrechtlich sowie ihre kulturellen Grundlagen zu erfassen.

Aus diesem großen Panorama will ich nur eine, die wichtigste These hervorheben. Die Gesellschaft, die vom Grundgesetz verfasst wird, und die eine typische europäische wie auch eine solche des westlichen Kulturkreises ist, ruht auf der Prämisse individueller Freiheit. Wer diese fundamentale Idee richtig versteht, hat den Schlüssel der Gerechtigkeit in der Hand.

Das Wort Freiheit kann ganz verschiedene Bedeutungen haben, es kann eine Freiheit sein, die auf Gruppen oder Kollektive bezogen ist, oder die von religiösen oder moralisch herrschenden Systemen abgeleitet wird: Hier jedoch ist jene Freiheit gemeint, die den einzelnen Menschen als selbstbestimmtes, nur seinem Willen und Gewissen gehorchendes Subjekt an den Ausgangspunkt aller Ableitungen stellt.¹⁵

Unser Menschenbild geht von der Würde jedes Menschen aus, zu dieser Würde gehört, dass möglichst jeder so aufwächst, erzogen, gebildet, ausgebildet und behandelt wird, dass er zur Selbstgestaltung eines erfüllten Lebens befähigt wird. Die Freiheit der großen Verfassungstexte folgt der Erzählung vom Menschen, der sich aus elenden und bedrückenden Verhältnissen selbst befreit, mit Wissen und Vernunft, mit Tatkraft, auch durch Verantwortung und Zuwendung zu einer selbstgegründeten oder doch gewählten Gemeinschaft, und der nicht auf edle Helfer wartet.

Freiheit als die des selbstbestimmten Individuums gibt es nicht im luftleeren Raum, nicht auf idealen Südseeinseln, sondern nur in einer komplexen Gesellschaft, die ihre Rechtseinrichtungen, ihre Organisationen der Wissenserlangung und Erziehung, ihr System der politischen Herrschaft und die Art ihres Wirtschaftens auf diese Freiheit hin entwickelt und das ko-evolutionäre Ergebnis in eine offene Gleichgewichtslage bringt. Freiheit gibt es nicht ohne Rechtsstaat, ohne funktionsfähige Demokratie, ohne Marktwirtschaft, nicht ohne den Raum familiärer Gemeinschaften, in denen Kinder zum Glück befähigt werden, auch nicht ohne professionelle Erzieher, Lehrer, Ausbilder und

¹⁵ Die Neuzeit hat unwiderrufflich spätestens vor 500 Jahren begonnen, geistig und lokal früher und mit den breiten gesellschaftlichen Durchbrüchen später. Aber schon im Bauernkrieg 1525 atmeten die 12 Artikel, die in Memmingen als Forderung gegen den Schwäbischen Bund erhoben wurden, den Geist gemeindlichen Bürgertums und der Freiheits- und Gleichheitsvorstellung, die mit dem Renaissancehumanismus der oberitalienischen Städte so ausdrucksstark artikuliert worden waren, zum ersten Mal in Deutschland eine Regung der Volkssouveränität.

Professoren, sie gelingt nicht ohne die Pflege einer Alltagskultur, die nicht bei allen Themen auf den Staat schießt, sondern immer zuerst auf die eigene Verantwortung schaut.

Für unsere Verfassung ist der Mensch keine Monade, sondern er ist ein Gemeinschaftswesen: ein Wesen allerdings, das seine Freiheit nicht an der Garderobe der Republik abgibt, sondern dieser Republik mit seinem Freiheitsanspruch Fundament, Gestalt und Richtung verleiht. Die Menschen stehen in einer politischen Gemeinschaft, die mit legitimer Mehrheit entscheidet, die ihnen aber möglichst viel Freiraum lässt und nur begründet, schonend und rechtsförmlich in Grundrechte eingreift.

Dieser ausgleichend rationale Zusammenhang einer individuell-freiheitlichen Rechtsordnung darf durch keine Radikalisierung aufgelöst werden. Eine Liberalität, aus der radikaler Liberalismus würde, ist dem Grundgesetz fremd. Aus dem Sozialstaatsprinzip kann aber auch nicht die Forderung nach einer sozialistischen Wirtschaftsordnung abgeleitet werden, weil privates Eigentum und Marktwirtschaft Institutionen sind, die Freiheit im zivilen und politischen Sinne ermöglichen.

Es handelt sich um propagandistische Zerrbilder, wenn aus der Ausnahme auf die Regel geschlossen wird, wenn aus einzelnen Fehlentwicklungen und dem Fehlverhalten Einzelner heraus alle Redlichen diskreditiert und gesellschaftliche Institutionen wie Markt oder Demokratie zur Disposition gestellt werden, ohne die erwiesenermaßen wirkliche Freiheit niemals gelungen ist. Konzentrationen wirtschaftlicher Macht können Freiheit gefährden und bedürfen deshalb der Zurückführung in den fairen, d.h. gerechten Wettbewerb, aber warum soll dem Wettbewerb denn durch Verstaatlichung ein Ende bereitet werden?¹⁶ Wenn die Eigenlogik der Wirtschaft, von der der moderne Lebensstil substantiell abhängt, Ergebnisse produziert, die von der Verfassungsordnung und vor allem von den Menschen nicht mehr akzeptiert werden, und

¹⁶ Dass dies nur in eng gezielten Einzelfällen gleichwohl erlaubt ist (Art. 14 Abs. 3, Art. 15 GG), kann nicht im Sinne einer allgemeinen Wiederverstaatlichung soeben privatisierter Bereiche angeführt werden; die Idee grundrechtlicher Freiheiten wird nicht dadurch relativiert, dass Grundrechte im Einzelfall gem. Art. 18 GG aberkannt werden können.

zwar auch dann, wenn sie sich den Sinn für die Eigenwilligkeit und Kühle des Marktes bewahrt haben, dann kann der Staat sozial ausgleichen und manchmal wird er es sogar müssen. Die Verfassung will aber immer nur einen solchen Ausgleich, der die individuelle Freiheit und die gesellschaftlichen Institutionen, die diese Freiheit gewährleisten, schont. Die Demokratie lässt sich nicht aus ihrer liberal-rechtsstaatlichen Tradition lösen: Das hat das Bundesverfassungsgericht schon 1956 klar und damals durchaus noch edukatorisch im Blick auf die heranwachsende Bundesrepublik begründet.¹⁷

Der freie Mensch ist aber nicht nur im Blick auf den Staat in einer Gemeinschaft, die er selbst bestimmt, sondern daneben braucht die freie Gesellschaft weitere Gemeinschaften, zweckrationaler und traditioneller Herkunft. Der Entwicklungsgang moderner Gesellschaften hat allerdings die Bindungskraft traditioneller Gemeinschaften stark erodiert, vielleicht schon deshalb, weil ein erfolgreicher Erwachsener in den Metropolen der Weltgesellschaft sich perfekt in den zweckrationalen Handlungssphären der Wirtschaft oder des Rechts bewegen kann, ohne auf Gemeinschaftshilfe wesentlich angewiesen zu sein. Alle anderen Gemeinschaften – und dieses Kalkül hat sich längst bis zu der Basisgemeinschaft der Familie durchgewirkt – kosten vor allem Zeit, ohne dass die Erfolgreichen die Solidaritätsleistungen dieser Gemeinschaften recht zu brauchen scheinen. Was noch als – allerdings nicht unbedeutlicher – Rest bleibt, wird ohne viel Federlesen dann der zweckrationalen Gemeinschaft namens Staat anvertraut, der so, und ohne richtige Konkurrenz, zu einer Art „Supergemeinschaft“ wird.

Wenn man heute ganz richtig sagt, der Mensch sei ein Gemeinschaftswesen, stellen sich viele bereits nur noch das staatlich-/überstaatlich organisierte politische System als Gemeinschaft vor. Deshalb werden steigende Steuern und Abgaben von vielen nicht nur als gerechtfertigt im Sinne einer Grundrechtskontrolle angesehen,¹⁸ sondern grundsätzlich auch in der steigenden Tendenz als gerecht, weil schließlich der wachsende Anteil an Gemeinschafts-

¹⁷ BVerfGE 5, 85 (196).

¹⁸ Di Fabio (2007), Steuern und Gerechtigkeit, JuristenZeitung, Volume 62, Nr. 15–16, S. 749–755(7).

lasten gar nicht anders aufgebracht werden kann. Die Grundrechte des Steuerzahlers dagegen mahnen, dass von dem in Freiheit Erworbenen jedenfalls soviel Substanz verschont bleiben muss, dass man unter Leistungs- und Eigentumsgesichtspunkten noch etwas von dem wiedererkennt, was sich in der Sphäre der Gesellschaft als Ergebnis freien Wirkens an Unterschieden eingestellt hat.¹⁹

IV. Politische Lagerbildungen

Gerade die Grundrechte in ihrem Kerngehalt als Abwehrrechte gegen staatliche Eingriffe sorgen demnach dafür, dass auch in einer Demokratie die politischen Entscheidungen nicht insofern ungerecht werden, als sie freie Wissenschaft, freies Wirtschaften, die Freiheit des Glaubens oder die, seinen eigenen Lebensstil zu pflegen, im Übermaß einschränken und allzu sehr einer politisch angeordneten Konformität unterwerfen. Diese große liberale Position, dieses pragmatische Abwägen zwischen grundrechtlichen Freiheiten und Gemeinwohlbelangen, von dem das Grundgesetz geprägt ist, geraten dort unter Druck, wo die Gesellschaft in ihrer Existenz, in ihrem Frieden, ihrer Sicherheit und ihrer Akzeptanz auf dem Spiel zu stehen scheint. Die Freiheit des Individuums ist streng genommen kein Wert, schon gar keiner unter vielen, sondern sie ist viel mehr: Freiheit und Vernunft des Einzelnen ist, und nicht erst seit Descartes, der Ausgangspunkt allen modernen Denkens.

Doch die näheren Bedingungen der Freiheit scheinen manch einem prekär und erst hier setzt eigentlich die politische Lagerbildung mit ihren unterschiedlichen Gerechtigkeitsdiskursen an. Jede dieser Positionen hat ein berechtigtes Anliegen, darf aber nicht für das Ganze genommen werden. Ein bürgerlich-konservatives Lager hebt immer wieder den Zusammenhang zwischen Freiheit für Individualrechtsgüter und deren Sicherung gegen private und staatliche Intervention hervor. Mit persönlicher Integrität, dem Schutz vor

¹⁹ BVerfGE 115, 97 (117); (NJW 2006, 1191 <1194>).

Gewalt und Übergriffen, mit dem Schutz des Eigentums beginnt die Freiheit als Recht. Sicherheit ist insofern die andere Seite der Freiheit.

Und doch wird man sich vor Übertreibungen hüten müssen. Nicht jede Beschränkung der Freiheit lässt sich mit dem Argument rechtfertigen, die angestrebte Sicherheit diene doch letztlich der Freiheit; dies führt zu Kurzschlüssen im Verfassungssystem. Allerdings ist auch nicht jede Überwachungskamera an neuralgischen öffentlichen Plätzen ein messbarer Freiheitsverlust: Der Rechtsstaat wird nicht gleich zu Orwells „großem Bruder“, wenn er durch seine Präsenz wenigstens diese Art der Beweissicherung erstrebt. Während sich die eine Seite vor Kriminalität, Terrorismus oder Anomie, aber auch vor zu viel Steuer- und Regulationsstaat fürchtet, hat die andere politische Seite häufig ganz andere Sorgen. Sie beobachtet ein verselbständigtes System freien Wirtschaftens mit Argusaugen, das sie Kapitalismus nennt.²⁰ Die Marktwirtschaft wird nicht so sehr als eine institutionelle Voraussetzung individueller Freiheit verstanden, sondern als ein globaler Funktionszusammenhang zum Nutzen einer Minderheit, die eine Mehrheit in Abhängigkeit und fremde Zwänge bringt, die sich abstrampeln muss, nur damit sie halbwegs anständig leben kann.

Das politische Lager der linken Positionen sieht es im Grunde als Missstand an, dass man politisch nicht den gerechten Marktpreis verordnen kann. Marktliberale dagegen sehen nur den Preis als gerecht an, der sich in einem möglichst unverfälschten Wettbewerb bildet. Sie empfinden Kartelle, Wettbewerbsbeschränkungen, Subventionen und andere Staatsinterventionen als die Faktoren, die zu einer ungerechten, weil nicht freiheitsgerechten Preisbildung führen. Etatisten alter und neuer Prägung widersprechen dem, wenn sie sagen, dass es keine Preise am Markt geben könne, die nicht ohnehin entweder auch die Folgen einer politischen Entscheidung oder Konsequenz einer übermächtigen Marktposition sind, weswegen der Marktpreis für sich genommen keine Gerechtigkeitsgewähr in sich trage. Genauso wenig, wie man der Einsicht widersprechen kann, dass es ohne Sicherheit keine Freiheit gebe – ein Satz

²⁰ Damit wird die fundamentalistische Kritik von Karl Marx zum Schwingen gebracht, der im Privateigentum und der Marktwirtschaft die entscheidenden Hindernisse auf dem Weg zu jener kommunistischen Gesellschaft gesehen hat, die eine Freiheit jenseits aller ökonomischen Zwänge verspricht.

dessen Umkehrung man allerdings immer mitdenken muss – , kann es keinem vernünftigen Zweifel unterliegen, dass es in einem Verfassungsstaat soziale Politik im Sinne einer maßvollen Gestaltung der Wirtschaft geben muss. Aber gerade deswegen ist Hysterie nicht angebracht, wenn Politiker versuchen, den Sozialstaatsauftrag in einer Art und Weise zu erfüllen, die den Markt als Institution intakt lässt und die Menschen nicht als bloße Objekte sozialtechnischer Beruhigung versteht. Alles andere wäre kaum freiheitsgerecht. Seit Cicero und den letzten Tagen der römischen Republik weiß man: Ein Übermaß an eudämonistischer Bürgerbeglückung deformiert ganz allmählich die freie Gesellschaft.

V. Grenzen der Zweckrationalisierung

Staat und Wirtschaft müssen zusammenwirken, damit kreative und arbeitswillige Menschen, Regionen und Nationen als Kulturräume und wirtschaftlich verflochtene Prozesse zueinander finden. Man kann eine solche dynamische Harmonie der freien Gesellschaft allerdings nicht allein mit Geld und Gesetzen gleichsam bürokratisch anordnen. Hier ist des Guten vielleicht schon zuviel getan; zumal auch der Glaube, dass Gerechtigkeit durch Gesetze mit möglichst feiner Differenzierung im Steuer- und Sozialrecht hergestellt werde, inzwischen mit einer Überkomplexität bezahlt wird, die aufs Ganze kaum den Redlichen und selten den wirtschaftlich Schwachen begünstigt.

Die Probleme einer globalisierten Gesellschaft lassen sich auch keineswegs allein damit lösen, dass man den Eigensinn von Menschen, Familien, Belegschaften, Schulen, Universitäten, Parteien und Bürgern immer wieder aufs Neue als störend empfindet und ihnen allen gebetsmühlenartig mehr ökonomische Rationalität empfiehlt, damit ein Land fit und exzellent für den internationalen Wettbewerb werde. Eine weitere wirtschaftliche Zweckrationalisierung unserer Gesellschaft könnte das Gegenteil des Gewünschten er-

reichen, weil es die kulturellen Ressourcen des Andersseins verschüttet. Deshalb folgen wir vermehrt dem Beispiel englischer Eliteschulen und lesen in deutschen Gymnasien wieder Goethe oder lernen Latein als Teil eines klassischen Bildungskanons, auch wenn dies dem Zweckrationalisten nicht einleuchtet, der alle Schüler am liebsten auf Internetpraxis, Controllingmethoden und Chinesisch eichen möchte.

Eine Gesellschaft, die ihre Möglichkeiten zur Vernunft und damit zur Gerechtigkeit dadurch steigert, dass sie teilrationale Ausgründungen zum Thema Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Politik oder Religion vornimmt, muss lernen, dass Dynamik mehr aus den Menschen selbst und diesen freien Handlungssphären entsteht, aber deren Ergebnisse nicht genau geplant und vorausberechnet werden können, von wem auch? Die Gerechtigkeit liegt ein ganzes Stück weit in dieser anspruchsvollen Organisation der Freiheit, die wir uns nicht von einem Bündnis aus moralgewissen Holisten und alerten Sozialtechnokraten gefährden lassen sollten. Wer Gerechtigkeit nur in Freiheit und nur als Freiheit will, muss die dafür unentbehrlichen Formen und Institutionen achten, muss Toleranz mit dem Selbstbewusstsein der von ihm vertretenen Werteordnung verbinden und angesichts der offen zu Tage liegenden Probleme der Welt zwischen der Skylla eines kalten Zynismus und der Charybdis der selektiven Empörung den Weg pragmatischer Vernunft suchen.

Ich hoffe, dass ich mit diesen sehr allgemeinen Zugängen wenigstens einen Zipfel vom Selbstverständnis des Kronberger Kreises und der Stiftung Marktwirtschaft zu fassen bekommen habe, denn dieses wichtige Forum feiert heute ein Jubiläum, das man in anderen Zusammenhängen als Silberhochzeit ganz zurecht groß zu feiern pflegt. Herzlichen Glückwunsch!



Abtprimas Notker Wolf
im Gespräch mit
Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio



Rückenwind für Reformen nutzen

Grußwort von Dr. Otto Graf Lambsdorff

Herr Professor Siegert, Herr Professor Eilfort,
Herr Präsident des Deutschen Bundestages,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst herzlichen Dank, dass Sie die Freundlichkeit haben, die Tagesordnung etwas zu verändern, um meinen Bedrängnissen Rechnung zu tragen. Vor allem möchte ich sagen, ich bin gerne hierher gekommen. Kronberger Kreis und Stiftung Marktwirtschaft – sie sind für mich 25 Jahre lang ein Wegbegleiter gewesen, häufig auch Orientierung. Erlauben Sie mir, vier Namen zu nennen, drei sind nicht mehr unter uns. Wolfram Engels war ein brillanter Gesprächspartner und – wie wir alle wissen – ein brillanter Autor auf der letzten Seite einer Wochenzeitschrift [Wirtschaftswoche – Anmerkung der Redaktion]. Armin Gutowski war ein viel gesuchter Gesprächspartner und Renate Merklein hat mir geholfen, in allen meinen Papieren die Gesundheitspolitik zu formulieren. Ich glaube, ich habe einfach den Kronberger Kreis kopiert, das war das Einfachste, weil es richtig war!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre natürlich ungewöhnlich reizvoll, etwas zu dem zu sagen, was wir von Herrn Professor Di Fabio gehört haben. Das werde ich mir versagen, schon aus Zeitgründen. Aber eines kann ich mir nicht verkneifen: Sie haben über die Belastbarkeitsgrenze mit Steuern gesprochen. Mein Freund Hermann Otto Solms sitzt neben Ihnen, unser Steuerexperte, und ich bleibe bei der Feststellung, die zugegebenermaßen etwas robust ist: Ein Staat, der einem 50% dessen wegnimmt, was man durch eigene Arbeit verdient hat, ist in meinen Augen ein räuberischer Staat und da ist die

Grenze gezogen. Ich hoffe, dass das Bundesverfassungsgericht bei der einmal vorgegebenen Linie bleibt. Aber ich gestehe, ich bin nicht mehr ganz sicher.

Ich sehe Einen von den Vier, den ich noch nicht erwähnt habe – Herrn Dahlmanns. Er hat mich immer wieder während meiner Zeit als Wirtschaftsminister, und auch später, beraten und mir geholfen.

Das Thema Ihrer heutigen Veranstaltung lautet: „Zwischen Ordnungspolitik und Gruppenegoismen – Wohin steuert die Marktwirtschaft“. Die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands ist nicht in guter Verfassung, und darüber darf die exzellente Konjunktur, die Sie ja auch zurecht erwähnt haben, nicht hinwegtäuschen. Diesen konjunkturellen Rückenwind, den wir jetzt haben, muss die Politik für Reformen aus einem ordnungspolitischen Guss nutzen. Die ersten Schritte, die getan worden sind, z.B. Kapitaldeckung und Eigenverantwortung in der Alterssicherung, Absenkung des Einkommensteuertarifs, sind gut und schön – sie reichen aber bei weitem nicht.

Ordnungspolitik fordert von Politikern neben Moral und Verstand vor allem Langfristorientierung und Mut in der Auseinandersetzung mit Gruppenegoismen. Ich könnte auch sagen, Mut ist in der Politik die Vereinigung von Moral, Verstand und Langfristorientierung in der Tat. Denn von schönen Worten und Appellen haben die Bürger nichts, sondern zunehmend die Nase voll. Politischer Mut wächst offenbar doch nicht proportional zur Größe von Koalitionen. Es gibt nach aller Erfahrung nicht mal eine stramme, positive Korrelation zwischen der Größe von politischen Mehrheiten und von politischem Mut und das nicht einmal bei einer 2/3-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat.

Viele, meine Damen und Herren, haben es ja längst vergessen, dass die grundlegenden Weichenstellungen der Bundesrepublik, Westbindung, Marktwirtschaft und Ostpolitik mit den denkbar kleinsten Mehrheiten im Parlament zustande kamen.

Zwischen Ordnungspolitik und Gruppenegoismen steuert die Marktwirtschaft immerhin nicht wie zwischen Skylla und Charybdis, zwischen Gefahren von allen Seiten. Die Aufgabe eines guten Kapitäns und Steuermanns oder Steuerfrau der deutschen Politik sollte eigentlich leicht sein. So weit weg wie irgend möglich von den Klippen der Gruppenegoismen und so dicht wie möglich ran an die Tiefseemeile der Ordnungspolitik. Nur dann kann der Dampfer Deutschland zeigen, wie schnell er im globalen Wettbewerb sein und wie viel schneller er noch werden könnte. Die Klippen der Gruppenegoismen scheinen die Politik aber stärker als jeder Magnetberg vom rechten, ordnungspolitischen Kurs abzulenken. Aktuelles Beispiel, Sie kennen es alle: die gescheiterte Gesundheitsreform. Und politische Mutlosigkeit selbst bei der noch jungen und deswegen reformfähigen Pflegeversicherung – glaubt irgendjemand von Ihnen, dass heute Abend im Koalitionsausschuss der beiden großen Parteien etwas ordnungspolitisch Vernünftiges ausgeheckt wird?

Meine Damen und Herren, vor knapp einem Monat haben Johann Eekhoff für den Kronberger Kreis und Bernd Raffelhüschen für die Stiftung Marktwirtschaft, drüben im Reichstagsgebäude die politische Mutlosigkeit gegen gut organisierte Gruppenegoismen kritisiert. Zu recht, aber man kann Interessenten nicht ernsthaft vorwerfen, dass sie ihr Interesse wirkungsvoll organisieren. Das wäre so dumm, wie die an Unternehmer gerichtete Erwartung, Unternehmer würden sich dafür zerreißen, dass ihnen mehr Wettbewerb zugemutet wird. Wettbewerb auf offenen Märkten tut Bürgern gut. Für Unternehmer ist Wettbewerb eine Peitsche, die zu Leistung zwingt. Also ist die Wettbewerbsordnung Gestaltungsaufgabe der Politik.

Heute ist ein guter Tag, über den Kurs der Marktwirtschaft zu sprechen. Auch jenseits aller Tagesaktualitäten, von Sozialreformen, von Arbeitsmarkt und Familienpolitik. Auch jenseits von Angebot und Nachfrage, wie Wilhelm Röpke es vor 50 Jahren formulierte. Denn gestern vor 40 Jahren war es Ludwig Erhard, der in seiner „Marburger-Gedächtnisrede“ für Wilhelm Röpke aufklärte, warum

eine marktwirtschaftliche Ordnung zu aller erst eine geistig moralische Veranstaltung ist. In dieser Rede machte Ludwig Erhard aber auch deutlich, der geistig moralische Anspruch, der den Kurs der Marktwirtschaft bestimmen muss, wird für den Bürger erst dann zur guten Tat, wenn sich die Ordnung in Freiheit auf Institutionen stützen kann. Solch eine Institution ist auch der Kronberger Kreis, ist die Stiftung Marktwirtschaft.

Vor 25 Jahren wollte Helmut Kohl eine geistig moralische Wende einleiten. Wir haben damals schon einige ordnungspolitische Kernpunkte gesetzt und haben sie auch durchgehalten. Es ist nicht richtig zu sagen, es ist ja nichts umgesetzt worden von dem, was Du damals aufgeschrieben hast. In den Jahren bis 1989 ist eine ganze Menge geschehen, außerdem waren die wirtschaftlichen Zahlen insgesamt positiv. Wir wären mit leeren Händen der Anforderung der deutschen Wiedervereinigung gegenübergestanden, wenn wir diese Anstrengung damals nicht unternommen hätten – wir haben sie unternommen.

Mir ging es bei der Wende um eine marktwirtschaftliche Erneuerung Deutschlands. Wer Ludwig Erhards Bekenntnis zu den geistig moralischen Grundlagen der neoliberalen Gründerväter der Marktwirtschaft kennt, der weiß, es geht dabei um dieselbe Sache, und für die Sache der Bürger braucht diese geistig moralische Wende eine Institution wie den Kronberger Kreis.

Der Kronberger Kreis und die Stiftung Marktwirtschaft sind notwendig als unbeirrbarer Mahner, Wächter und Ideengeber für marktwirtschaftliche Ordnungspolitik, sind notwendig in ihrer Unabhängigkeit gegen Gruppenegoismen, die jede Reform aus einem ordnungspolitischen Guss zu verhindern suchen.

„Ich glaube, ich habe einfach den Kronberger Kreis kopiert, das war das Einfachste, weil es richtig war!“



Man muss aber nach 25 Jahren nicht erst im Kielwasser sehen, wohin die Marktwirtschaft durch zu viel Bedienen von Gruppeninteressen gesteuert worden ist, um dann zu erkennen, Kronberger Kreis und Stiftung Marktwirtschaft und auch alle ihr verbündeten freiheitlichen Denkfabriken sind notwendig, können aber nicht hinreichend sein, um eine Ordnung in Freiheit gegen Gruppenegoismen durchzusetzen. Das gilt erst recht, wenn es Populisten gelingt, auf alles, was in Wirklichkeit nackter Gruppenegoismus ist, das Gütesiegel des Sozialen, des Solidarischen zu setzen. Sozial kann ein Staat nur sein, wenn seine Ordnung auch den Egoismus seiner Bürger in den Dienst des Allgemeinwohls stellt. Schon Adam Smith wusste, das ist nicht leicht. Das ist recht schwer, wenn über Jahrzehnte wohlfahrtsstaatliche Anreize gegen eigenverantwortliche Vorsorge gesetzt waren, und vollends schwer wird die politische Gestaltungsaufgabe, wenn diese Fehlanreize im Dienst von Gruppeninteressen stehen.



Was ist dagegen zu tun? Zumindest sollten sich die Ordnungspolitiker aller Parteien verbünden, und zwar nicht nur heute. Und dabei sollten sie sich endlich aufrufen, sich nicht nur dagegen zu wehren, dass Neoliberale als „Raubtierkapitalisten“ hingestellt werden. So lange das unbedeutende Schreier auf den hinteren Bänken behaupten, muss man es vielleicht nicht ernst nehmen. Wenn aber der Vorsitzende einer großen Volkspartei ein solches Maß wirtschaftshistorischer Unbildung präsentiert, dann wird es Zeit, deutlich zu bekennen – und ich sage das für mich ganz klar: Ja, ich bin ein Neoliberaler im Gefolge von Ludwig Erhard und Wilhelm Röpke.

Lassen wir uns nicht etwas einreden, was in der Mitte des 19. Jahrhunderts ja leider mit dem Manchester-Liberalismus vor sich gegangen ist. Manchester-Liberalismus steht heute für Raubtierkapitalismus, für nackte Ausbeutung. In Wahrheit waren es Richard Cobden und seine Freunde, Liberale in Großbritannien, die den Menschen Brot und Arbeit verschafften und deswegen in hohem Ansehen gerade bei der arbeitenden Bevölkerung standen. Trotzdem ist Manchester-Kapitalismus in dieser Weise benutzt worden. Wir sollten vorsichtig sein und aufpassen, aber auch dagegen anhalten und uns bekennen. Wir lassen den Neoliberalismus nicht in eine Ecke stellen, die Ausbeutung bedeutet, die soziale Rücksichtslosigkeit bedeutet und die mit marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik, marktwirtschaftlicher Wettbewerbspolitik, mit Institutionen, die für liberale Politik notwendig sind, wie sie eben etwa seit 1938 in der Wissenschaft entwickelt worden sind, nicht zusammenhängt. Das lassen wir uns nicht einreden und deswegen bleiben wir dabei! Oder sagen wir es anders herum, meine Damen und Herren: Wenn wir – ich sage das hier auch in diesem Raum – wenn wir uns nicht dazu bekennen, ja wer soll es denn tun? Vielen Dank.



Laudatio

des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert
zur Verleihung des Wolfram-Engels-Preises
an den Abtprimas der Benediktiner, Dr. Notker Wolf

Verehrter Herr Abtprimas,
sehr geehrte Mitglieder des Kronberger Kreises,
liebe alte und neue Anhänger der Marktwirtschaft, einschließlich derjenigen,
die neben dem Markt auch die sozialstaatlichen Rahmenbedingungen für einen
wichtigen Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung halten,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Einladung zu dieser Veranstaltung habe ich besonders gerne angenommen,
alleine aus terminökonomischen Gründen: den meisten von Ihnen werde ich
nicht erklären müssen, dass die Aussicht, gleich zwei Glückwünsche am
gleichen Abend bei der gleichen Veranstaltung persönlich und pünktlich
übermitteln zu können, eine seltene und deswegen besonders willkommene
Entlastung notorisch überforderter Terminkalender darstellt. Da man solche
Angebote nicht allzu häufig erhält, war das eine beinahe unwiderstehliche
Versuchung.

Zunächst also ganz herzlichen Glückwunsch an den Kronberger Kreis und die
Stiftung Marktwirtschaft, deren Arbeit ich beinahe die ganze Zeit – nicht immer
mit gleichem Interesse, aber doch regelmäßig – verfolgt habe, zumal meine

eigene Arbeit im Deutschen Bundestag im Wirtschaftsausschuss begonnen hat, bevor es mich dann Ende der 80er Jahre erst in die Bildungspolitik, später aber dann auch ins Wirtschaftsministerium verschlagen hat.

Besonders gerne habe ich die Aufgabe übernommen, als Laudator für die vielleicht originellste und mutigste Preisvergabe mitzuwirken, die in diesem Jahr stattfindet. Ich vermute, Ihnen wird es bei der Ankündigung der Vergabe des Wolfram-Engels-Preises an den Abtprimas des Benediktinerordens ähnlich gegangen sein wie mir, dass nicht jeder von vornherein den Abtprimas für den geborenen Anwärter auf diesen Preis gehalten hat; er selber jedenfalls gewiss nicht. Und auch der Namensgeber dieses Preises wird nicht unbedingt damit gerechnet haben, dass einmal ein prominenter Theologe für seinen Einsatz für marktwirtschaftliche Orientierungen und Eigenverantwortung ausgezeichnet würde.

Wenn ich Ihnen all das vortragen wollte, was ich inzwischen über den Abtprimas gelesen habe, würde das endgültig den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen, die ja ohnehin durch ein geradezu ehrfurchtgebietend dichtes Arbeitsprogramm beeindruckt, bei der die Vermutung naheliegt, als hätten die Veranstalter die Freude über den kraftvollen Appell des Preisträgers zu Arbeit und Leistung gleichzeitig wie einen heiligen Schreck in die eigene Programmgestaltung umsetzen wollen, um mögliche Restrisiken auszuschließen, dass er in seiner Danksagung den unvertretbar großzügigen Umgang mit der Gestaltung einer solchen Veranstaltung kritisieren könnte.

Ich fange ganz vorsichtig mit ein paar Bemerkungen zur Person an und will mich dann dem widmen, was nach meiner Vermutung – ich war ja nicht Mitglied der Jury – Anlass und Grund für die Preisentscheidung sein könnte. Notker Wolf wurde am 21. Juni 1940 als Sohn eines Schneiders in Bad Grönenbach im Allgäu geboren. In ein paar Tagen hat er also Geburtstag. Ich vermute, er wäre sehr damit einverstanden, wenn nicht aus Anlass aber jedenfalls pünktlich zu

seinem Geburtstag der Brüsseler Gipfel einen mutigen Beitrag zur Wahrnehmung der Verantwortung der Mitgliedstaaten dieser Gemeinschaft und weit darüber hinaus für die Zukunft leisten würde.

Notker Wolf trat nach dem Abitur als Novize in das Benediktiner-Kloster St. Ottilien ein, das zugleich Missionskloster und Erzabtei des Benediktinerordens ist. Er absolvierte im Anschluss an seine klösterliche Ausbildung ein Philosophiestudium an der Päpstlichen Benediktiner-Hochschule Sant’Anselmo in Rom und von 1965–1970 ein Theologie- und Philosophiestudium an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, belegte aber zugleich auch Fächer wie Zoologie, Anorganische Chemie und Astronomiegeschichte: ein bemerkenswerter Bogen wissenschaftlicher Interessen. Obwohl ich auch bei gründlicher Recherche keine besonders pointierten, jedenfalls öffentlichen Erklärungen des heutigen Abtprimas zu offenen Streitfragen der Anorganischen Chemie gefunden habe, scheint mir doch relativ gut erkennbar, dass seine souveräne Weltansicht auch von dieser breiten frühen Beschäftigung mit dem, was die Welt physisch und metaphysisch zusammenhält, nachhaltig geprägt worden ist.

Sein Studium hat er im Übrigen mit einer Dissertation über „Das zyklische Weltmodell der Stoa“ und der Promotion zum Dr. phil. abgeschlossen. Am 7. September 2000 wurde er von den versammelten Äbten des Benediktinerordens zum neuen, bislang neunten Abtprimas der benediktinischen Konföderation gewählt. Er ist damit der höchste Repräsentant des ältesten Ordens der katholischen Kirche. Er leitet die Abtei Sant’Anselmo in Rom, zu der auch die gleichnamig päpstliche Hochschule und ein internationales Studienkolleg gehören.

Wenn er immer schon Abtprimas hätte werden wollen, hätte er das auch 1996 schon sein können. Damals hat er sich gegen eine entsprechende Absicht tapfer gewehrt und den Widerstand erst nach dem überwältigenden Votum aller Äbte der beteiligten Klöster im Jahre 2000 aufgegeben und seine Wahl angenommen.



Dass er als Abtprimas in der Öffentlichkeit auch immer wieder mit dezidiert politischen Meinungen auftritt, führt uns vermutlich in die Nähe der Überlegungen der Jury für die Preisvergabe. Bevor ich dazu einige Hinweise gebe, sollte ich vielleicht erwähnen, dass der Abtprimas des Benediktiner-Ordens auch ohne seine jüngste Publikation schon deswegen ein möglicher Preisträger gewesen wäre, weil er ein polyglotter, erfolgreicher, unangepasster, innovativer und kreativer Unternehmer ist. Sehr salopp formuliert: „Topmanager“ eines Unternehmens mit etwa 1.000 Niederlassungen und rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ich habe irgendwo gelesen, Sie legten etwa 300.000 Flugkilometer pro Jahr zurück. Das hat mir deswegen besonders imponiert, weil ich spontan gedacht habe, seien Sie froh, dass Sie kein Abgeordneter sind. Das hätte Ihnen nicht nur inquisitorische Fragen eingetragen, ob das nicht erstens ein bisschen viel sei und ob zweitens die Reiseziele wirklich angemessen seien, sondern Sie hätten insbesondere punktgenau die Nachfrage beantworten müssen, was Sie eigentlich mit den vielen Flugmeilen veranstalten, die auf diese Weise zustande kommen.

Notker Wolf korrespondiert in 13 Sprachen, sieben davon spricht er fließend. Dass wir heute Abend diese Veranstaltung ohne Gefahr eines Wider-

spruchs in Deutsch miteinander durchführen können, verdanken wir auch seiner ganz souveränen selbstverständlichen Empfehlung, dass in den jeweiligen Ländern die jeweiligen Landessprachen nicht nur zugelassen bleiben sollten, sondern durchaus als verbindliches Verständigungsmittel auch denjenigen zugemutet werden dürfen, die aus welchen Gründen auch immer, jedenfalls für eine längere Zeit, in diesen Ländern leben wollen.

Im vergangenen Jahr hat er mit einem Buch Aufsehen erregt, das unter dem Titel: „Worauf warten wir? Ketzerische Gedanken zu Deutschland“ eine beinahe unter jedem Gesichtspunkt bemerkenswerte Bestandsaufnahme der Lage dieses Landes vermittelt, die im Klappentext des Buches folgendermaßen vorgestellt wird: „Die Missstände in Deutschland sind groß. Schuld daran sind immer die anderen: unfähige Politiker, machtverliebte Gewerkschaften... nur wir nicht. Wir vertrauen auf unseren Staat.“ Das, meine Damen und Herren, gehört überhaupt zu den bemerkenswerten intellektuellen Spagaten, die in dieser Republik zu einer der wenigen Massenkampfsportarten geworden sind. Die Deutschen trauen weder ihren Parlamenten noch ihren Regierungen, den Parteien schon gar nicht, aber sie verlassen sich auf nichts lieber als auf den Staat.

Schonungslos analysiert der Abtprimas nicht nur diese, sondern auch viele andere Denkgewohnheiten. Und da ich aus anderen Zusammenhängen weiß, dass Bestseller nicht unbedingt viel gelesene Bücher sind, sondern viel gekaufte, gehe ich ein überschaubares Risiko ein, wenn ich meine Laudatio im Wesentlichen auf die Bemerkungen und Beobachtungen stütze, die der Preisträger selbst formuliert hat.

Ich verbinde das allerdings mit der ausdrücklichen Empfehlung, das Buch zu lesen. Es ist eine ganz gewiss lohnende Lektüre, allerdings nicht immer nur vergnüglich. Sie werden dort eine Reihe scharfsinniger Beobachtungen finden, so brillant formuliert, dass der eine oder andere von Ihnen spontan geneigt

sein könnte, eine gute Flasche Wein zu entkorken, und dann ein paar Seiten später knallharte Problemanzeigen mit Nennung von Namen und Fakten, bei denen ich für denkbar halte, dass der eine oder andere verschämt den Korken wieder auf die Flasche setzt.

Wenn man die vielen einzelnen Hinweise und Beobachtungen dieses Buches auf Themenblöcke zuordnen wollte oder sollte, dann geht es hier zum einen um das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, nicht zuletzt auch von Wirtschaft und Gesellschaft, um das Verhältnis von Freiheit und Ordnung, von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, von Kultur und Religion, von Glaube und Vernunft – ein riesiges Programm.

Manche der hier niedergelegten Einsichten haben einen ausdrücklichen autobiografischen Bezug. Das beginnt mit den bemerkenswerten Hinweisen zum Freiheitsbegriff. Notker Wolf schreibt in diesem Buch, nach den Erlebnissen seiner Münchner Jahre *„war mir klar, dass die Freiheit der Achtundsechziger nichts mit dem zu tun hatte, was ich unter Freiheit verstand.“* Ich springe jetzt ein bisschen im Text, damit Ihnen die Motivation bleibt, die nicht vorgetragenen Stellen persönlich nachzulesen: *„Für mich stellt die deutsche Kulturrevolution deshalb keinen weniger gravierenden Bruch mit der abendländischen Tradition dar als die Französische Revolution. Damals, 1789, war Gott durch die Vernunft abgelöst worden – eine einschneidende Veränderung, denn nicht mehr die Religion lieferte von nun an den absoluten Maßstab, sondern die Philosophie, die Vernunftreligion. Immerhin gab es weiterhin einen allgemeinverbindlichen Mythos, eingeschlossen in die großen Begriffe der Freiheit, der Nation, der Vernunft. 1968 hat man dann auch noch die Vernunft verstoßen, die Natur an ihre Stelle auf die Altäre gesetzt und die Freiheit individualisiert. Seither leben wir in einer Welt ohne Gott, ohne Jenseits, ohne Väter und ohne eine vernünftige Vorstellung von dem, was Freiheit ist.“*

Es wird Sie nach dieser Introduction nicht überraschen, dass für den Preisträger ein Zusammenhang zwischen dieser von ihm beschriebenen Fehlentwick-

lung und den von ihm nachdrücklich kritisierten Entwicklungen in Staat und Gesellschaft besteht. *„Der fürsorgliche Staat“*, schreibt er, *„braucht gehorsame, resignierte, verzagte, also entmündigte Bürger. (...) Statt des strengen väterlichen Gesichts zeigt er jetzt das milde Antlitz einer Mutter, die nur das Beste für ihre Kinder will. (...) Nur eins käme den mütterlichen Staat bei seinem ganzen Beglückungseifer nie in den Sinn: seine Bürger in die Freiheit zu entlassen. Diese Freiheit müssen wir zurückgewinnen.“*

Und er begründet diesen Appell zur Rückgewinnung der Freiheit mit einer Attacke auf die politische Klasse. *„Das ganze Land befindet sich unter der Vormundschaft tugendbeflissener Politiker, die der Chimäre der sozialen Gerechtigkeit nachjagen, dem Trugbild der Gleichheit opfern und die Dämonen des Egoismus, der Diskriminierung und der sozialen Kälte austreiben zu müssen meinen. Diese Politiker verkaufen uns den Staat als Beglückungsanstalt, und wir kaufen ihnen das ab.“*

Seine wiederum kritischen Bemerkungen zur wirtschaftlichen Situation und den sich daraus ergebenden Perspektiven sind wiederum autobiografisch begründet. Mit Hinweis auf Erfahrungen seiner Reisen, insbesondere nach China und Indien, schreibt er, *„Mitte der achtziger Jahre bekam ich eine erste Ahnung davon, was mit der Globalisierung auf uns zukommen könnte. Damals mehrten sich die Anzeichen dafür, dass chinesische Firmen dabei waren, europäischen und amerikanischen Unternehmen in Afrika den Rang abzulaufen.“* Seine vorläufige Schlussfolgerung aus seinen Beobachtungen: *„unsere wirtschaftliche Vormachtstellung wird nicht zu halten sein. Ja, Europa könnte der Sturz in die Bedeutungslosigkeit bevorstehen. Auf jeden Fall werden wir auch in Deutschland die Erfahrung machen, dass keine Macht der Welt unseren Wohlstand zu garantieren vermag.“*

Dabei ist ihm nicht entgangen, dass es für Fehlentwicklungen Ursachen gibt und dass es nicht nur Herausforderungen gibt, denen man mehr oder weniger intelligent Rechnung tragen kann, sondern auch persönliche Fehlleistungen, die für die Leistungsfähigkeit und schon gar das Ansehen einer solchen Wirt-

schaftsordnung wiederum nachhaltige Wirkung haben. Er setzt sich in einer nur noch schwer überbietbaren Deutlichkeit mit korrupten Betriebsräten und Managern auseinander.

Was er über die jeweils einzelnen Vorgänge hinaus im Kern am meisten beängstigend findet, „ist der Mangel an Selbstachtung, den diese Schnäppchenjäger von Format an den Tag legen. Gibt es eigentlich nichts mehr, was diese Herrschaften unter ihrer Würde finden? Wissen diese Herrschaften nicht mehr, dass man sich für bestimmte Schurkereien einfach zu schade sein sollte? Haben Sie kein Gefühl für Anstand mehr?“ Ich lasse hier jetzt die Namensnennungen weg, um wiederum Ihre Freude an der Lektüre nicht unnötig zu gefährden, aber der Hinweis, dass wir über konkrete Namen und Fälle hinaus hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen zu tun haben, der ist jedenfalls beachtlich. „Sie sind“, schreibt Notker Wolf, „Produkte unserer Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die im Begriff steht, mit der eigenen Schuldfähigkeit auch das persönliche Gewissen aus der Welt abzuschaffen.“

Und weil den meisten von Ihnen die Eingangspassage mit den Achtundsechzigern so gut gefallen hat: Der Abtprimas sieht hier einen Zusammenhang: „Im Grunde“, schreibt er, „verträgt sich das moralische Versagen gieriger Wirtschaftsbosse bestens mit den Freiheitsvorstellungen der Achtundsechziger. Denn diese Freiheit ist nirgendwo verankert, sie hat keinen Halt, weder im Verantwortungsbewusstsein noch im Gewissen noch in der Scham. Man kann sagen, dass es letztlich alle kulturellen Voraussetzungen der Freiheit waren, die die Achtundsechziger so erfolgreich bekämpft haben.“

Und dieser Hinweis auf kulturelle Voraussetzungen der Freiheit ist der überfällige Anlass, auf die Passagen seines Buches aufmerksam zu machen, in denen er sich mit Europa, seiner Kultur, seiner Entwicklung und unserem Umgang mit der Menschenwürde auseinandersetzt. „Die Menschenwürde“, schreibt er, „wird mit Füßen getreten, wo die Unverfügbarkeit der menschlichen Existenz nicht

respektiert wird. Heute droht diese Gefahr weniger von totalitären Regimen als von den schier grenzenlosen Möglichkeiten der Technik. Je mehr technisch machbar ist, desto gründlicher müssen wir die Konsequenzen bedenken. Der Mensch kann heute über alles hinausgehen, er kann jede Grenze überschreiten, deshalb lautet die Alternative: Selbstbescheidung oder Größenwahn.“

Dass der Abtprimas des Benediktiner-Ordens im Zusammenhang mit dem europäischen Erbe und der Erinnerung an den Gedanken der Einheit in der Vielfalt christliche Glaubensüberzeugungen für eine, wenn nicht die Orientierung hält, die in diesem Zusammenhang besonders dringlich wieder entdeckt werden müssen, wird niemanden ernsthaft überraschen, auch nicht sein Hinweis auf die benediktinischen Werte, die sich nach seiner Überzeugung genauso zu den Grundwerten eines vereinten Europas eignen. Dabei lässt er allerdings auf keiner Seite seines Buches einen Zweifel daran aufkommen, dass die deutsche Übersetzung der benediktinischen Grundregel *Ora et labora* nicht lautet: Wer nicht betet, braucht auch nicht zu arbeiten.

Mit oder ohne Verankerung in christlichen Glaubensüberzeugungen verdient der Hinweis Beachtung, dass der Vorwurf des Fundamentalismus heute immer häufiger jene trifft, die an der christlichen Tradition Europas festhalten wollen. „Vor allem im politisch korrekten Milieu unserer Politiker spielt das Christentum seit geraumer Zeit die Rolle des großen Störenfrieds. Mittlerweile braucht man sich nur öffentlich zu christlichen Werten zu bekennen, um in den Verdacht der Intoleranz zu geraten.“



Dass man nicht Abtprimas eines bedeutenden Ordens sein muss, um zu dieser Vermutung zu kommen, will ich mit einem anderen Autor verdeutlichen. Imre Kertész, der große ungarische Schriftsteller, Literaturnobelpreisträger, einer der wahrlich bedeutenden Freunde Deutschlands, der seine Biografie, als 15-Jähriger in Budapest aus einem Bus gezerrt und in die Konzentrationslager von Buchenwald und Auschwitz verschleppt worden zu sein, in seinem gesamten literarischen Werk verarbeitet als die traumatische Erfahrung keineswegs nur der deutschen Geschichte, sondern der westlichen Zivilisation. Imre Kertész hat kürzlich in einem Interview auf die Frage: Womit könnte Europa die Welt eigentlich noch verblüffen? sinngemäß geantwortet: *„Europa könnte die Welt vermutlich durch nichts mehr verblüffen als durch die Entschlossenheit, die eigenen Werte offensiv zu verteidigen.“*

Nun gibt es ja Leute, die bei der Rezension solcher Bücher Zweifel daran anmelden, ob die Autoren nach eigener oder fremder Lektüre der Fahnenabzüge auch mit gewissem zeitlichen Abstand noch zu ihren Bemerkungen stehen. Solche Zweifel hat der Abtprimas im vergangenen Jahr in einer Serie von Interviews restlos ausgeräumt. Und ich könnte jetzt, was ich aus Gründen der Zeitökonomie dieser Veranstaltung nicht tun kann und tun will, mit bemerkenswerten Interviews nicht etwa im Osservatore Romano, sondern im Stern und in der Süddeutschen Zeitung nicht nur eine Reihe von Bekräftigungen, sondern von beachtlichen Verschärfungen der Befunde vortragen, von denen ich Ihnen gerade eine halbwegs repräsentative Auswahl vorgetragen habe.

Ich beschränke mich auf zwei Punkte. Auf die Eingangsfrage des Stern: *„Herr Abtprimas, in Deutschland wird heftig darüber gestritten, wie viel Geld Langzeitarbeitslose bekommen sollen. Wie viel würden Sie geben?“* lautet seine knappe Antwort: *„Jedenfalls weniger als Hartz IV“*, und weist mit einer Souveränität, die manchen, die dafür unmittelbarer zuständig sind als er, darauf hin, dass unter denjenigen, die diese staatliche Leistung erhalten, nicht wenige sind, die auch aus eigener Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen könnten, verbunden mit dem



wiederum ebenso philosophischen wie lebenspraktischen Hinweis, *„Viele merken offenbar nicht, welchen seelischen Schaden sie sich mit ihrem Phlegma zufügen.“*

Die zweite Ausnahme von der selbstverordneten Regel, jetzt nicht auch noch aus seinen Interviews zu zitieren, ist die knappe Empfehlung des Abtprimas, was denn eigentlich geschehen müsse. Dazu sagt er: *„Ich will drei Vorschläge machen. Erstens: Entlassen wir den Staat endlich aus der Verantwortung für unser Lebensglück. Die gehört in unsere eigenen Hände. Es reicht, wenn der Staat da einspringt, wo wirklich Not ist, es gibt kein Menschenrecht auf ein bequemes Leben und vier Wochen Urlaub. Zweitens: Machen wir Schluss mit den zentralistischen Bestrebungen, allen per Gesetz zum Glück zu verhelfen. Die Pleite mit den Hartz-Gesetzen spricht Bände. Und drittens: Regierende müssen die moralische Kompetenz zeigen, die Grundzüge der humanen Gesellschaft zu wahren, die durch neue Technik und wirtschaftliches Kalkül bedroht ist. Hier geht es um Ewigkeitswerte.“*

Ich vermute, verehrter Herr Abtprimas, dass die Anmeldungen zu Ihren Unternehmerseminaren nach der heutigen Preisverleihung sprunghaft nach oben gehen werden. Da Sie vermutlich so viele Bewerber gleichzeitig gar nicht annehmen können, die sich möglicherweise in den nächsten Wochen melden, will ich denjenigen, die nicht sofort zum Zuge kommen, mit einer besonders schönen Passage aus Ihrem Buch – beinahe zum Schluss – einen Hinweis darauf geben, mit welchen Tipps und Empfehlungen Sie bei solchen Veranstaltungen rechnen dürfen.

„Es wird vielleicht nicht jedem Vorgesetzten behagen“ schreibt Notker Wolf, *„seine Untergebenen an der Entwicklung neuer Ideen zu beteiligen – sei es, dass er seinen Mitarbeitern sowieso keine gescheiterten Vorschläge zutraut, sei es, dass er um seine Autorität fürchtet, wenn er eigenständige Leistungen von Untergebenen anerkennen müsste. (...) Ein Chef darf nicht um seinen Nimbus fürchten. Er sollte die Souveränität haben, seine Leute machen zu lassen, nicht hinter jedem her zu sein und nicht mit Vertrauensbeweisen zu knausern. Das zahlt sich aus, denn Vertrauen ehrt nicht nur, es spornt auch an. Auf jeden Fall ist es ein Vergnügen, mit einem großzügigen Vorgesetzten zu arbeiten.“*

Und dann stellt er einen großzügigen Vorgesetzten vor: *„Als Erzabt von Sankt Ottilien habe ich immer wieder mal erlebt, dass Mönche machten, was sie wollten. Das entsprach nicht unbedingt dem Mönchideal, aber als Abt habe ich fünf bisweilen gerade sein lassen, und es sind die schönsten Ergebnisse dabei herausgekommen. So entdeckte ich beispielsweise eines Tages draußen auf unserem Bauernhof plötzlich Wachteln. Ich wusste gar nichts von deren Existenz. Auch von den Perlhühnern hatte mir keiner etwas gesagt. Fünf Mönche, drei junge darunter, arbeiteten seinerzeit auf diesem Hof, und die fragten nicht lange, wenn sie Einfälle hatten, die setzten ihre Eingebungen gleich in die Tat um. Genauso wie unser Jäger, der mich später mit seinem Gehege für Damwild überraschte. In solchen Fällen gibt es in Sankt Ottilien eben keinen Dienstweg, da zählt allein die Freude an der eigenen Leistung, und als Abt habe ich mich immer gerne mitgefremt – umso mehr, als sich die Wachteleier auch noch gut an die Gastwirte am Ammersee verkaufen ließen.“*

Es ist schon eine eindrucksvolle Persönlichkeit, die heute mit dem Wolfram-Engels-Preis ausgezeichnet wird. Auf einer gründlichen Ausbildung basierend, mit einer Fülle an Lebenserfahrungen ausgestattet, an den praktischen Dingen des Lebens ebenso orientiert wie an den Dingen, die jenseits von Angebot und Nachfrage auch und ganz besonders von Bedeutung sind.

Heute hat Jürgen Habermas Geburtstag. Eine Persönlichkeit, die sich im Unterschied zu Abtprimas Notker gerne als einen *„religiös unmusikalischen Menschen“* charakterisiert. Und bei manchem, was die Beiden offenkundig unterscheidet, verbindet sie die tiefgründige Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen und den Möglichkeiten, aber auch den Grenzen menschlichen und politischen Handelns.

Deshalb ganz zum Schluss – der Preisträger wird mir das nachsehen – ein Zitat von Jürgen Habermas. *„Das Bewusstsein der Endlichkeit ist eine notwendige Bedingung für den richtigen Gebrauch menschlicher Freiheit. Aber es gibt einen hochgestochenen Fundamentalismus der Endlichkeit, der sentimental, seinshörig und eskapistisch ist. Nachdem der Marxismus seine Antriebskraft verbraucht hat, haben wir in unseren Breiten eher zuwenig als zuviel Vertrauen in die politische Kraft des Machbaren. Heute beunruhigt mich vor allem das Phänomen, dass sich gleichsam die Politik selber abwickelt – und alle konsterniert zuschauen. Das ist die falsche Ratlosigkeit. Natürlich ist das Eingeständnis, noch nicht zu wissen, wie man es besser machen kann, der Anfang aller Belehrung. In diesem Sinn ist aufgeklärte Ratlosigkeit gewiss ein Element der belehrten Hoffnung.“*

Die Überwindung der Ratlosigkeit durch Aufklärung, die Wiederentdeckung der Hoffnung durch Belehrung; das ist ein ermutigendes Programm für eigenverantwortliche, wertorientierte und selbstbewusste Staatsbürger. Worauf warten wir noch?

Herzlichen Glückwunsch!



Einen Menschen in seiner Freiheit ernst zu nehmen, bedeutet, ihm Freiheit zuzumuten

Dank des Wolfram-Engels-Preisträgers 2007
Abtprimas Dr. Notker Wolf

Verehrter Herr Bundestagspräsident,

zunächst ganz herzlichen Dank für Ihre aufmerksame Würdigung, die mich natürlich sehr gefreut hat, genauso wie mich die Ankündigung dieser Preisverleihung gefreut hat. Ich war damals gerade unterwegs von einer Ober- und Oberinnenversammlung aus Indien nach Südafrika. Ich war gerade in Singapur umgestiegen und konnte wieder Emails downloaden.

Ich bin Ihnen, Herr Professor Siegert, Herr Dr. Hildmann, Herr Professor Eilfort und all Ihnen, die verantwortlich sind, sehr dankbar. Ich möchte kurz sagen, wie ich überhaupt zu dem Buch kam, wie es dazu kommt, dass ein Benediktiner, der dazu noch in Rom lebt – ich bin also Einer mit Migrationshintergrund – wie so einer auch noch etwas über Deutschland schreibt. Nun ganz einfach. Ich selbst wäre gar nicht auf die Idee gekommen. Ich habe zwar auch Bücher über Deutschland gelesen – die hatten ja in den letzten Jahren einen gewissen Boom. Plötzlich bekam ich aber den Anruf vom Rowohlt-Verlag, sie hätten von mir zwei, drei Interviews gelesen und würden mich schon einige Zeit verfolgen, denn sie hätten gern ein Buch über Deutschland von mir.

Ich sehe gerade auch Herrn Tichy hier herüber lächeln – es war damals auch das Interview in DM/EURO darunter. So habe ich mir gesagt, dann werden wir das halt machen. Einfach auch, weil ich mir sagte, es gibt jetzt so viele, warum soll sich nicht auch mal einer von einem bewusst christlichen Hintergrund – ohne konfessionell zu sein – einer von einem alten Mönchsorden – zu Wort melden; einem Mönchsorden, dessen Mitglieder doch ein gutes Stück unserer abendländischen Kultur mit aufgebaut haben. Ich glaube, dass in der Lehre Benedikts sehr wohl ein paar Dinge stehen, die von Interesse für unsere Gesellschaft sind. Neben den ganz persönlichen biografischen Erfahrungen war das mein Hintergrund.

Da die Freiheit so unterstrichen wird, denke ich z.B. daran, dass ein Satz von Benedikt lautet: *„Der Abt wisse, welch’ schwierige Aufgabe er übernommen hat, Menschen zu führen, auch die Eigenart, vieler zu dienen“*. Ich glaube, das ist sogar ein Satz für eine Regierung: der Eigenart, vieler zu dienen, statt „Basta!“ zu sagen und auf den Tisch zu hauen. Und damit würde man auch das Parlament besser respektieren. Ich weiß, wie schwer das ist. Ich habe alles aus meiner Erfahrung „abgeschrieben“. Es dauert lange, bis man die Vielfalt der Meinungen als Reichtum eines Gemeinwesens ansieht und nicht als Hindernis seines persönlichen Ehrgeizes, wovor man womöglich noch Angst hat. Ich halte es für einen ungeheuren Reichtum in einer Gemeinschaft – da wird es überschaubarer – so unterschiedliche Charaktere und Begabungen zu haben.

Und gegen den ganzen Gleichheitswahn in unserer Bundesrepublik möchte ich halten, dass nun einmal die Intelligenzquotienten unterschiedlich sind. Chancengleichheit ja, aber die Voraussetzungen sind unterschiedlich. Und es hat auch nicht bei weitem jeder den selben Leistungswillen. Das respektiere ich, dann muss er halt nicht so viel haben. Oder es muss nicht einer unbedingt 70 Stunden pro Woche arbeiten. Ich würde mir auch gern von einer Gewerkschaft eine 35-Stundenwoche schenken lassen, das wäre vielleicht ganz angenehm; ich wüsste sogar meine Freiheit mit Musik zu verbringen.

Nun, das ist eines der ganz wichtigen Dinge, die wir uns bewahren müssen: diese Unterschiedlichkeit, denn das ist ein Geschenk Gottes. Ich sage auch manchmal, *„oh Herrgott, was hast Du Dir dabei gedacht, wie Du den geschaffen hast“*, das ist natürlich eine andere Sache. Aber stellen Sie sich mal vor, wir hätten jetzt wirklich die Gleichheit im Sinne so mancher feministischer Ausrichtungen, und es gäbe keine Männer mehr oder keine Frauen, wenn ich mir das so vorstelle... Wir brauchen die Unterschiedlichkeit. Und erst in einem Miteinander, in einem respektvollen Miteinander von Kulturen, sehe ich ein ersprießliches Morgen, wo wir auch sagen können, wir haben eine Zukunft vor uns. Wir wissen noch nicht, wie wir das alles schaffen können, aber wozu muss das Problem schon gelöst sein, bevor es da ist? Ich glaube, wenn wir lernen, in dieser Vielfalt miteinander zu leben, dann werden wir eine Zukunft haben.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt herausgreifen. Ich unterstreiche immer wieder – und das ist eigentlich auch sehr benediktinisch –, dass jeder für sich selbst sorgen muss. Benedikt sagt, der Abt sei sehr besorgt um die Kranken. Aber die Kranken sollen auch darum wissen, dass man ihnen Christus zuliebe dient, d.h. sie sollen möglichst bald wieder auf die Beine kommen: Sie bekommen auch besonderes Essen und hinterher ist wieder Schluss damit. Dieser Grundtenor – ein Arbeitskapitel der benediktinischen Regel beginnt mit dem Satz *„Müßiggang ist der Feind der Seele“* – darf ich in der Öffentlichkeit gar nicht mehr sagen, nämlich dass es faule Menschen gibt. Dann bekomme ich einen ganz Stream im Internet, so geschehen letztes Jahr. Aber das habe ich mit Gelassenheit hingenommen.

Wenn man mir meinetwegen Neoliberalismus vorwirft, gehe ich nicht in die Knie und sage, wie schlimm ist das, sondern bin als Bayer immer noch stolz auf meine bajuwarische Liberalität. Die Liberalitas Bavarika galt bislang immer noch als ein hoher Wert. Und ich glaube, wenn jemand nicht weiß, wo der Ausdruck „neoliberal“ herkommt, dann ist das ein Fall für Pisa. Ich habe kürzlich

bei einer FDP-Veranstaltung gesagt: „Ich finde es eigentlich sehr schlimm, dass in unserer Zeit Ausdrücke wie ‚liberal‘ und ‚neoliberal‘ bereits negativ besetzt sind.“ – Auch das ist ein Stück Political Correctness, gegen das ich mich sehr stark stemme. Es geht aber vor allem um die Herausforderung, und das ist vielleicht von einem Kirchenmann manchmal neu, dass er sagt, „Leute, Ihr müsst etwas tun!“, „Helft Euch selbst!“ – eigentlich die alte Weisheit „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott“. Aber hilf Dir zuerst selbst, bevor der Schrei nach dem Staat kommt. Das klingt asozial, wurde mir gesagt.

Nun, ich habe es nicht mit einem katholischen Sozialromantizismus, das ist nicht meine Sache, weil wir Mönche arbeiten müssen, auch wenn es in dem Kabarett „Der Scheibenwischer“ geheißen hat, ich würde in Rom sitzen und die Kirchensteuer fressen. – Kleine Täuschung an Information, denn Mönche und Ordensleute bekommen keinen Cent von der Kirchensteuer...

Es ist und kann nicht asozial sein, wenn ich einen Menschen fordere und herausfordere. Und ich glaube, einen Menschen wirklich in seiner Freiheit ernst zu nehmen bedeutet in der Tat, ihm die Freiheit zuzumuten. Und das ist nicht immer einfach. Auch wenn Sie als Vorgesetzter irgendwo sind und die Leute mal wieder versuchen (wenn sie einmal endlich länger da sind, so wie es bei mir hin und wieder passiert), die Verantwortung nach oben zu delegieren, da sage ich dann: „Den Schuh ziehe ich mir nicht an, das ist Subsidiarität, das ist Dein Problem, das musst Du selbst lösen.“ Und das ist nicht einfach, das

schafft Auseinandersetzungen. Es ist zehnmal einfacher, ein allgemein gestreutes Gesetz zu verkünden, das dann allen wohlgefällig ist, zusätzlich noch Glück und manches Geld verheißt, als sich mit den Leuten auseinanderzusetzen und zu sagen, das bekommst Du nicht – und zwar aus Verantwortung für Dich selbst.

Und nun komme ich noch zu einem ganz kleinen Abschweifer nach Afrika. Es ist ja wunderbar, dass jetzt [auf dem G8-Gipfel – Anmerkung der Redaktion] 60 Milliarden US-Dollar Entwicklungsgeld verkündet worden sind. Damit haben wir wieder ein halbwegs ruhiges Gewissen. Das Meine ist nicht ganz ruhig, weil ich weiß, wie viel Entwicklungsgeld in Militärhilfen hineingehen und in Projekte, die letzten Endes uns zu Gute kommen. Ich bin 20 Jahre fast jedes Jahr ein- oder zweimal in Tansania gewesen – auch in anderen afrikanischen Ländern – und habe die Entwicklung miterlebt. Am Schluss bin ich gewissermaßen verzweifelt. Das, was wir heute immer wieder lesen können (es gibt inzwischen Gott sei Dank Afrikaner, die es selber sagen) lautet: Afrika ist zu einem Empfängerkontinent geworden, und damit ist die Eigeninitiative unterbunden. Das ist ein ganz großes Problem für Afrika.

Nun ist es so: Aufgrund der klimatischen Verhältnisse können die Afrikaner, wenn sie bescheiden sind, mit ganz wenig auskommen, und das tun sie auch, und dann jammern sie nicht einmal. Aber wir wollen trotzdem, dass auch diese Menschen hochkommen, und es ist sicher nebenbei auch ein Ansporn, wenn Märkte einmal geöffnet werden. Denn so viel kommt gar nicht auf unsere Märkte, weil die Qualität noch nicht so gut ist. Das ist Wettbewerb. Die Leute werden es dann auch merken: Erst wenn sie etwas Besseres liefern, wird es anerkannt und lässt sich verkaufen. Selbst als die Chinesen die Kasara in Tansania hinunter bis nach Sambia gebaut hatten und dafür ständig Waren nach Tansania einführen durften, wurde auf einmal das Wort „chinesisch“ mit dem Nebenbegriff „Schund“ belegt. Selbst die Afrikaner waren nicht mehr zufrieden mit der chinesischen Qualität, heute sieht es anders aus.



Was mir auch behagt hat, ist der Ansatz des Friedensnobelpreises Yunus. Er hat diesen Mut zu sagen, was Sache, was Realität ist, warum er den Frauen den Mikrokredit gibt und nicht den Männern: Weil er den Männern nicht über den Weg traut. Er sagt, die verspielen, vertrinken das Geld, während die Frauen zunächst einmal an die Familie denken. Und ich glaube, was wir für die Zukunft brauchen, und das zeichnet auch Benedikt von Nursia aus, ist dieser nüchterne Realismus, dass jemand sich dann nicht einfach pikiert fühlt, wenn man einmal sehr offen sagt, was Sache ist.

Ich wurde immer wieder gefragt, warum bei uns im Benediktinerorden 17.000 Frauen Mitglieder sind und nur 8.000 Männer. Da habe ich gesagt, weil die Frauen frömmel sind als die Männer. Und warum? Weil sie näher am Leben sind und damit ganz sicher auch näher am Ursprung des Lebens, während die Männer in allen Kulturen am liebsten Sammler und Jäger sind, zusammenstehen und Politik machen und wenn ihnen gar nichts Besseres mehr einfällt, ihr Lieblingsspiel Krieg.

Und ich glaube, auch diese Dinge, so spöttisch sich dies auch anhört, diese Dinge müssen wir ganz klar analysieren. Erst wenn wir der Wirklichkeit nüchtern ins Antlitz schauen, dann können wir unsere Politik machen, und dann können wir auch ordentlich wirtschaften. Das ist etwas, was ich für mein Volk erhoffe. Ich mag meine Heimat sehr gerne, auch bis zum Belt hinauf; nicht nur Bayern, das ist die Verwurzelung. Und ich möchte einfach wünschen und hoffen, dass unser Volk wieder lebendig wird, eigene Initiativen entwickelt und dass ein Klima für Innovation gestiftet wird.

Hierzu auch noch Eines: Benedikt sagt, wann immer etwas Wichtiges zu entscheiden ist, rufe der Abt sämtliche Brüder zusammen und berate sich mit ihnen, das ist Teamwork. Das Team ist vor zwei Jahren einmal in allen Fachzeitschriften durch den Kakao gezogen worden: Es komme immer nur der kleinste gemeinsame Nenner heraus, es dauere alles so lange – das hat nichts mit



echtem Teamwork zu tun. Sondern in einem echten Team arbeiten die Menschen zusammen, bringen sich mit ihren Ideen ein, dürfen sie sich aber auch einbringen, da werden Querdenker gefördert. Das ist ein Zeichen der Freiheit des Zulassens, aber auch der Freiheit, sich als Einen oder Eine unter Anderen einzubringen.

Und ich glaube, wenn uns diese Kultur gelingt, dann werden wir auch ganz gut in unserer Weltzukunft bestehen können, im internationalen Wettbewerb. Da habe ich keine Sorge, ich vertraue immer noch auf unser Land und seine Leute.

Ich danke Ihnen nochmals für diesen Preis. Ich werde auch immer wieder gefragt, wo geht das Geld hin. Ich kann scherzhaft sagen, in die Luft: Bei uns muss das ganze Dach von St. Anselmo renoviert werden, und der Benediktinerorden hat kein Geld. So kann ich wenigstens den anderen sagen – wenn ich betteln gehe – ich habe auch etwas dafür getan.

Dankeschön und noch einen schönen Abend.



Übergabe des Wolfram-Engels-Preises

durch Dr. Rainer Hildmann,
Vorsitzender des Kuratoriums der informedia-Stiftung
und Vorsitzender der Jury

Verehrter Herr Bundestagspräsident,
lieber Abtprimas Dr. Notker Wolf,

Sie, Herr Bundestagspräsident, haben in sehr, sehr eindrucksvoller Weise uns als Jury bestätigt, und ich glaube, es ist kaum mehr jemand im Saal, der nicht davon überzeugt ist, dass wir für den Wolfram-Engels-Preis 2007 die richtige Wahl getroffen haben.

Verehrter Abtprimas, der Text der Preisurkunde lautet: „Stiftung Marktwirtschaft/informedia-Stiftung verleihen den Wolfram-Engels-Preis „Mensch und Markt“ Dr. Notker Wolf, Abtprimas des Benediktinerordens, für sein Engagement für Freiheit und Eigenverantwortung. Berlin, 18. Juni 2007 und die Unterschriften. Natürlich ist dieser Preis auch mit einer Geldgabe verbunden.

Ihre Dankesworte, verehrter Herr Abtprimas, haben uns nochmals sehr eindrucklich bestätigt, dass die Jury eine gute Wahl getroffen hat, und ich bin ganz sicher, dass unsere Wahl auch den Beifall von Wolfram Engels gefunden hätte. Zentrales Anliegen für Wolfram Engels war immer, dass die Menschen



in eigener Verantwortung ihr Leben gestalten können und nicht entmündigt werden von einem übermächtigen Staat. Gerade weil sich für ihn menschliches Leben nicht in der Orientierung an materiellem Wohlstand erschöpfte, prangerte er die Absurdität unseres Wohlfahrtsstaates an, der vor allem der Sozialbürokratie dient und erst in zweiter Linie den Bedürftigen. Sie haben dies mit Engels übereinstimmend auch in sehr überzeugender und in unverdächtigter Art und Weise in Ihrem Buch „Worauf warten wir?“ getan, in Ihren Interviews und heute nochmals hier vor uns. Dafür recht herzlichen Dank.

Mit der Vergabe des Wolfram-Engels-Preises verbinden die Stiftung Marktwirtschaft und die informedia-Stiftung die Erwartung, dass auf diese Weise die Ideale von Wolfram Engels lebendig bleiben und die von ihm gestellten kritischen Fragen uns weiter vorandrängen.

Es ist uns eine besondere Freude, mit der heutigen Verleihung des Wolfram-Engels-Preises einen Geistlichen auszuzeichnen, nachdem wir 2003 den amerikanischen Gesundheitsminister Thompson ausgezeichnet hatten, 2001 den EU-Kommissar Mario Monti, 1999 Peer Ederer und Philipp Schuller und 1998 Gunnar Uldall und Rüdiger Soltwedel. Wobei der Abstand zur letzten Preisverleihung sich ganz einfach dadurch erklären lässt, dass wir den Anlass des 25-jährigen Jubiläums nutzen wollten, um den Preis zu verleihen.

Die Entscheidung der Jury war – das darf ich nochmals betonen – einstimmig, und so darf ich meinen Mitjuroren Marietta Kurm-Engels, Heike Göbel, Professor Johann Eekhoff, Christoph Keese, Professor Joachim Lang, Professor Theo Siegert und Professor Nikolaus Schweickart nochmals sehr herzlich für ihre Mitwirkung in der Jury danken.

STIFTUNG
Marktwirtschaft



STIFTUNG
Marktwirtschaft

25
Jahre

Dr. Notker Wolf
Präsident der Marktwirtschaftlichen
Gesellschaft



Grußwort des Kronberger Kreises

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises

Ich habe eine lange Beziehung zum Kronberger Kreis – seit 1982. Da bekam ich einen Anruf von Ludwig Eckes, der sich ergänzend vorstellte mit „Eckes Edelkirsch“, damit man gleich weiß, um wen es sich handelt. Er sagte mir, „Herr Engels wird auf Sie zukommen, und ich habe eine Bitte, können Sie ein paar Zeilen schreiben zur Wohnungswirtschaft und was man dort an Reformen braucht?“

Ich habe gern zugesagt, ohne zu wissen, dass ich ein paar Monate später dann in das Bauministerium ging und das gar nicht schreiben musste, sondern an Olaf Sievert und Hermann Naust weitergeben konnte. Umso gespannter habe ich in der Zeit verfolgt, was im Kronberger Kreis gemacht wurde, und ich möchte heute Abend meinen Respekt denjenigen zollen, die den Ruf des Kronberger Kreises aufgebaut haben. Ich habe diese Entwicklung aus den Ministerien verfolgt und kann nur sagen, das war vom Feinsten, was man hier an Hilfestellungen bekam, weil man wirklich davon ausgehen konnte, das ist durchdiskutiert und diese Menschen haben die verschiedensten Dinge, die es zu bedenken gibt, abgewogen.

Diese Gruppe, die damals angefangen hat, hat hohe Qualitätsstandards gesetzt, und ich kann nur allen, die hier sind und auch den anderen zurufen, wir werden uns weiter bemühen. Ob wir das schaffen, ist eine zweite Frage, aber ich halte es für eine wichtige Sache, die jetzt 25 Jahre Bestand gehabt hat und bei der wir mit großer Begeisterung nach wie vor dabei sind.

Ich möchte aber auch den Dank weitergeben an die Stiftung Marktwirtschaft, an den Stiftungsrat, an das Kuratorium, und jetzt werde ich mir es ersparen, alle Namen zu nennen, sondern einfach pauschal sagen, wir sind darauf angewiesen, dass wir diese Unterstützung bekommen und – was heute sehr deutlich geworden ist – wir leben nicht nur von dieser unmittelbaren Unterstützung, sondern wir leben davon, dass wir Außenkontakte haben, dass wir Diskussionen und Anregungen bekommen und an dieser Stelle weitermachen können.

Vielleicht ein, zwei Sätze noch zum Selbstverständnis des Kronberger Kreises. Was wir versuchen ist, die verschiedenen Maßnahmen, die es in der Politik zur Auswahl gibt, zu beurteilen und eigene Vorschläge zu entwickeln, immer mit dem Bemühen, sie in die Soziale Marktwirtschaft wie auch in die Gesellschaftsordnung einzubinden. Das ist, was wir unter Ordnungspolitik verstehen, wo wir uns verpflichtet fühlen, die unterschiedlichen Positionen auszudiskutieren. Hier nur ein Satz zu den Internas: Wenn sechs Professoren diskutieren, dann ist es nicht immer ganz einfach, zu einer einheitlichen Meinung zu kommen. Im Gegensatz zum Sachverständigenrat sind wir aber bisher ohne Minderheitsvotum ausgekommen. Das erfordert einen gewissen Verzicht auf Eitelkeiten, denn noch nicht jeder von uns hat ein eigenes Modell von Kombilöhnen oder anderen Dingen, sondern wir versuchen, das innerhalb dieser Gruppe zusammenzubinden. Das hat einen Nachteil und wenn ich mir einige Gesichter des Stiftungsrates anschau, dann weiß ich, dass wir z.B. bei dem Thema „Gesundheit“ den Stiftungsrat und diejenigen, die uns begleitet haben, ziemlich strapaziert haben. Wir haben für diese Broschüre fast zweieinhalb Jahre gebraucht. Das hat damit zu tun, dass das auf der einen Seite ein sehr komplexes Thema war, das ausdiskutiert werden musste und dass wir auf der anderen Seite als Kronberger Kreis den Ehrgeiz hatten, hier einen Schritt weiter zu kommen. Ich glaube, dass wir diese Diskussion inzwischen sehr weit getrieben haben.

Für wen schreibt der Kronberger Kreis? Ich versuche mir immer klar zu machen, auch aus der Erfahrung im Ministerium, für die Arbeitseinheiten in den Ministerien, in den Verbänden, also für die Referate, die dort darauf angewiesen sind, entweder selber nachzudenken oder etwas zu bekommen, was sie als Vorschlag interessant finden. Und das größte Kompliment, das ich in letzter Zeit einmal gehört habe, war, dass ein Referatsleiter aus einem bekannten Ministerium mir zu jenem Papier zur Gesundheitspolitik sagte, das ist für uns ein Kompass. Graf Lambsdorff hat heute von Orientierungen gesprochen – das ist also das Ziel, Handreichungen zu geben für diejenigen, die Politik unterstützen, aber auch für diejenigen, die unmittelbar in der Politik sind, für diejenigen, die in den Medien sind – und wenn man so will – auch für den interessierten Laien.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Punkt hinweisen, der heute schon mehrfach anklang: Wir haben es zunehmend damit zu tun, dass wir uns in einer Begriffswelt bewegen müssen, wo es darum geht, dass man mit Schlagworten – und „Schlag“ ist hier fast wörtlich zu nehmen – arbeitet, die auf der einen Seite Immunisierung betreiben, also Immunisierung dessen, was sie tun. Dazu gehören Wörter wie „gerecht“, „sozial“, „gemeinnützig“. Man kann diese Begriffe ganz schnell aufzählen. Das ist nichts anderes, als erst einmal der Versuch, nicht mehr angreifbar zu sein. Dann gibt es natürlich den Gegenpart, und das ist der Umstand, dass man mit Begriffen auch andere(s) diskreditieren, geradezu demoralisieren kann. Und diese Versuchung haben wir gerade in jüngster Zeit erfahren. Wir müssen wohl damit zurechtkommen.

Und es gibt den bewussten Missbrauch von Begriffen, also z.B. „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“. „Wettbewerbsstärkung“ ist ein Begriff, der völlig in die falsche Richtung geht. Bewusst missbräuchlich wird im Rahmen von Hartz IV der Begriff „Arbeitslosengeld II“ gewählt. Korrekt wäre die Bezeichnung „So-

zialhilfe II“, denn die Mittel werden nicht aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, sondern aus Steuergeldern finanziert. Die Idee war, die steuerfinanzierte Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammenzufassen.

Noch ein Satz zur Sozialen Gerechtigkeit und auch dort der Versuch, einmal zu zeigen, woran wir arbeiten oder was wir versuchen zu tun. Im Gesundheitswesen wird von einem Sozialversicherungssystem gesprochen. Ich habe sehr frühzeitig gesagt, das ist kein Sozialsystem. Und das ist sehr schwer klar zu machen, aber hier hilft eigentlich nur die nüchterne Analyse. Und diese nüchterne Analyse zeigt, dass kein Mensch, der weniger als 400 Euro oder gar nichts verdient, in diese Versicherung aufgenommen wird. Diese Menschen werden dem allgemeinen Steuerzahler überlassen, und der Steuerzahler hat für sie zu sorgen. D.h. wir haben es im Prinzip mit einer Mischung aus einem Versicherungssystem und sehr dubiosen sozialen „Umverteilungen“ zu tun. Der Versuch, den wir gemacht haben, lautet: Lasst uns Effizienz in die Sozialpolitik bringen und sie streng an sozialen Merkmalen orientieren. Dann kann die Leistungserstellung von der Umverteilung getrennt werden und die Vorteile des Wettbewerbs können voll genutzt werden.

Wir haben es immer wieder damit zu tun, dass die Begriffe nicht sauber zugeordnet werden. Wir sehen eine wichtige Funktion darin, dem Mißbrauch entgegen zu treten, um korrekte Informationen für Entscheidungen anzubieten. Lassen Sie mich diesen Gedanken mit einem Zitat von Konfuzius abschließen. Auf die Frage, was ein Fürst, der Regierungsverantwortung übernimmt, zuerst in Angriff nehmen sollte, antwortete der große Meister: *„Sicherlich die Richtigkeit der Begriffe. Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht. Stimmen die Worte nicht, kommen die Werke nicht zustande. Kommen die Werke nicht zustande, so gedeiht Moral und Kunst nicht. Gedeiht Moral und Kunst nicht, so treffen die Strafen ein“*. Hier könnte man einfügen, so versagen die Systeme. Und er

führt weiter aus: *„Treffen die Strafen ein, so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Darum Sorge der Edle, dass er seine Begriffe unter allen Umständen zu Taten machen kann, der Edle duldet nicht, dass in seinen Worten irgend etwas in Unordnung ist“*. Das ist es, worauf es ankommt. Ich bedanke mich.



„Zwischen Ordnungspolitik und Gruppenegoismen – wohin steuert die Marktwirtschaft?“

Podiumsgespräch



Teilnehmer: Kerstin Andreae MdB (Wirtschaftspolitische Sprecherin der Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion), Friedrich Merz MdB (CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Olaf Scholz MdB (Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion) und Dr. Hermann Otto Solms MdB (Vizepräsident des Deutschen Bundestages, FDP-Bundestagsfraktion).

Moderation: Christoph Keese (Chefredakteur der Welt am Sonntag)

KEESE: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben aufgrund der fortgeschrittenen Zeit beschlossen, die Podiumsdiskussion ganz erheblich abzukürzen, möchten aber den Gästen, die wir eingeladen hatten, an der Diskussion teilzunehmen, die Gelegenheit geben, sich zu äußern.“

ANDREAE: „Ich möchte zuerst Herrn Kuhn entschuldigen. Es gibt einen schweren Krankheitsfall in seiner Familie. Als wirtschaftspolitische Sprecherin meiner Fraktion habe ich mich aber sehr gefreut, heute Abend hier bei Ihnen zum Thema ‚Marktwirtschaft‘ mitwirken zu können.“

Wir haben vor einiger Zeit ein Papier zum Thema „Grüne Marktwirtschaft“ vorgestellt und dazu unter anderem einen Zeitungsartikel bekommen: „Grüne lieben Markt und Wettbewerb“. Das hat mich ein bisschen gewundert, weil Markt und Wettbewerb keine Elemente sind, die man liebt. Doch es sind durchaus Elemente, die wir richtig finden, und wir sind der Meinung, dass sowohl der Markt als auch

der Wettbewerb unter vernünftigen Rahmenbedingungen tatsächlich Suchverfahren sein können, um zur Lösung der Probleme beizutragen.

Einen letzten Gedanken noch. Ich finde es sehr verwunderlich, dass eine Veranstaltung zum Thema „Marktwirtschaft“ heute noch stattfinden kann, drei Stunden dauert und kein einziges Mal das Thema „Ökologie“ erwähnt wird. Ich glaube, wir sind uns noch nicht wirklich bewusst, was an ökologischen Herausforderungen und an Größe des Problems eigentlich vor uns steht. Wir werden den Wettbewerb, wir werden die Innovation und wir werden den Markt brauchen. Aber wir können nicht dabei stehen bleiben, nur den Punkt „Ökologie“ und „Ökonomie“ zusammenzubringen, sondern wir müssen uns klar machen, dass wir für eine gesunde ökonomische Entwicklung eine gesunde ökologische Entwicklung brauchen und zwar nicht nur national, sondern vor allem global. Deswegen ist ein Schwerpunkt des Themas „Grüne Marktwirtschaft“, wie man ökologische Herausforderungen mit den Instrumenten der Ökonomie beantworten und lösen kann.“

Andreae schließt mit einem Appell an die Stiftung: „Ich würde mich sehr freuen, wenn dies auch im Gedankengut, in den Publikationen und in den Diskussionen der Stiftung Marktwirtschaft in Zukunft mehr Gewicht findet. Ich glaube, das ist die Aufgabe der Zukunft, vielen Dank.“



KEESE: „Für die FDP, Herr Dr. Hermann Otto Solms in Vertretung für Dr. Otto Graf Lambsdorff.“

SOLMS: „Es ist ja nun spät geworden und Graf Lambsdorff hat sein Credo schon dargeboten. Wir bleiben, ich bleibe ein Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft. Ich glaube, man muss das nicht weiter ergänzen. Marktwirtschaft führt zu sozialen Möglichkeiten. Die sozialen Begleitumstände, die sozialen Rahmenbedingungen muss allerdings der Staat setzen und zwar ohne die marktwirtschaftlichen Instrumente und Funktionen außer Kraft zu setzen.“

Das kann man wunderbar beispielsweise am Thema „Mindestlöhne“ diskutieren. Das will ich Ihnen aber heute Abend ersparen. Mindestlohn setzt natürlich Marktwirtschaft außer Kraft. Es geht nicht um Mindestlöhne, sondern um Mindesteinkommen. Wer Mindestlöhne fordert, verursacht Arbeitslosigkeit, wer Mindesteinkommen sichert, erreicht, dass tatsächlich solidarisch gehandelt wird, dass nämlich für den Lohn der Arbeitgeber zuständig ist oder es sind die Tarifparteien. Für das soziale Einkommen ist aber nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch die Gesamtgesellschaft zuständig, die dann die ergänzenden Lösungen liefern muss. So einfach ist es eigentlich, aber die Politik tut sich schwer, den Fragen auf den Grund zu gehen und die Lösungen anzubieten.“



KEESE: „Herr Scholz für die Sozialdemokraten.“

SCHOLZ: „Meine Damen und Herren, solche Veranstaltungen funktionieren ja ein wenig wie eine normale Schlagerveranstaltung. Da geht man hin, die Leute können schlecht singen, Hauptsache, man erkennt die Lieder wieder, wenn man es gehört hat, klatscht man. Und so ist es dann auch manchmal hier. Da werden dann ein paar Thesen verbreitet, die man schon immer gerne gehört hat, und man ist auch begeistert, wenn man sie wiedererkennt. Ich glaube aber, dass das natürlich keine weiterführende Diskussion darstellt, deshalb gestatten Sie mir ein paar kleine Bemerkungen.

Die Erste ist, mit dem Öffnen des Eisernen Vorhanges erleben wir, dass die Welt ganz wesentlich von marktwirtschaftlichen Verfassungen geprägt wird, und wir erleben etwas Zweites, was selten bedacht wird, und zwar dass es auf der Welt ganz unterschiedliche marktwirtschaftliche Ordnungen, marktwirtschaftliche Verfassungen gibt. Da ist eben nicht alles einheitlich und auf gleiche Weise geregelt.

Der Kapitalismus, wie wir ihn in China oder in Russland heute kennenlernen, unterscheidet sich ganz erheblich von der Art und Weise, wie in den USA gewirtschaftet wird, in Europa oder in Deutschland. Und meine These lautet, all diejenigen, die hinter der Fahne der Globalisierung hinterherlaufen, glauben, dass am Ende alles gleich sein wird – wir sind ohnmächtig – und am Ende eines wie auch immer lange gearteten Prozesses gibt es für nationale, für kontinentale Besonderheiten keinen Raum mehr. Die das meinen irren sich: Es wird weiterhin so sein, dass im Rahmen marktwirtschaftlicher Verfassungen ganz unterschiedliche ökonomische und soziale Ordnungen möglich sind, und es ist im Wesentlichen in all diesen Ländern Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass man – um es mit der Sprache der Computer zu sagen – kompatibel ist, dass die Dinge zueinander passen, aber sie müssen nicht alle gleich werden.

Genauso falsch wie die Ohnmachtsidee, man müsste sich ergeben und alles wird gleich, ist diejenige, so zu tun, als wäre gar nichts los. Das ist die Position, wie sie von linken Lagern, wie sie von der PDS vertreten wird, aber auch an ganz anderen Ecken des politischen Spektrums und ich glaube, beides ist falsch.

Wir sollten den Spielraum, den wir für nationale Wege haben, erkennen. Deshalb ist es meine feste Überzeugung, dass eine der falschesten Besonderheiten der Debatte der letzten zehn oder zwanzig Jahre die Klage über die Path Dependency ist, nämlich, dass es schlecht sei, wie wir in Deutschland seit weit über 100 Jahren Soziale Marktwirtschaft, Sozialstaat und Marktwirtschaft miteinander geregelt haben, und dass man es ganz anders machen müsse, etwa wie in Ländern, die vollständig steuerfinanzierte Sozialstaaten oder anderes sind.

Ich glaube das nicht. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir für das, was wir in Deutschland über eine lange Zeit entwickelt haben, auch eine Perspektive haben, wenn wir mit klugen und mutigen Reformen an sie herangehen, wie das auch aus meiner Sicht in den letzten Jahren geschehen ist. Und es wäre etwas Schönes, wenn z.B. die Kerninstitutionen der deutschen Marktwirtschaft, z.B. im Großen und Ganzen die Arbeitsrechtsverfassung mit Kündigungsschutz, Betriebsverfassung, Unternehmensmitbestimmung, aber auch der Sozialversicherungsstaat von all den unterschiedlichen politischen Positionen nicht in Frage gestellt, sondern nur unter der Frage debattiert werden, wie passen wir diese Dinge für die Zukunft geeignet an?

Es finden sich immer mal wieder welche, die die neuen Länder bewundern, die sich jetzt in irgendeiner Form von Frühkapitalismus der marktwirtschaftlichen Verfassung geöffnet haben, wie China oder Russland, die von großen Herausforderungen sprechen und fast zweifelnd sagen, das Gefährliche sei

dort die Kombination autoritärer Regime mit marktwirtschaftlichen Verfassungen, dem wären wir im Wettbewerb nicht gewachsen. Meine These ist, das ist die falscheste, ökonomisch und politisch falscheste Auffassung, die man überhaupt haben kann. Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaftlichkeit gehören zusammen, und sie sind in dieser Kombination die leistungsfähigste Wirtschaftsverfassung, die man auf der Welt schaffen kann. Schönen Dank.“

KEESE: „Herr Scholz, auch Ihnen vielen Dank. Jetzt Friedrich Merz von der CDU, ausnahmsweise wahrscheinlich auch für die CDU und wenn ich das noch anmerken darf, Herr Merz, Ihre Stimme hat diese Woche nach der Veröffentlichung des Papiers von Kurt Beck gefehlt.“

MERZ: „Also selbstverständlich spreche ich nach wie vor, wenn ich das darf, für die CDU und fühle mich in der Partei von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard auch nach wie vor zuhause. Wir haben heute eine interessante Debatte mit verschiedenen Vorträgen erlebt, und deswegen will ich zunächst einmal sagen, dass es allen Grund gibt, heute zu feiern, auch Dank zu sagen für viele Jahre erfolgreicher Diskussion, erfolgreichem Streit für die Soziale Marktwirtschaft. Ich will aber auch hinzufügen, dass die Soziale Marktwirtschaft gefährdet ist. Die Freiheit in unserem Land wird nach meinem Empfinden zu sehr eingeschränkt, und deswegen gibt es Diskussionsbedarf.“

Ich freue mich darüber, dass, ausgelöst nicht zuletzt durch den Artikel des SPD-Parteivorsitzenden, endlich in Deutschland Aufklärung geleistet wurde. Ich hätte mich noch mehr gefreut, wenn das auch von meiner Partei etwas offensiver gemacht worden wäre, und zwar dass der Begriff „neoliberal“ alles andere ist als ein Schimpfwort, sondern, dass er seine Ursprünge eben in der Sozialen Marktwirtschaft und bei deren Vätern hat. Ein Gutes hat die Debatte

in jedem Fall: Dieser Begriff ist jetzt ab sofort jedenfalls meinen Parteifreunden als politischer Kampfbegriff genommen, ihn kann niemand mehr verwenden, und darüber will ich mich herzlich freuen. Herr Scholz sagt soeben, er richtet das Kurt Beck aus, vielen Dank, dann richte ich es Jürgen Rüttgers aus.

Wir haben viele Themen, die wir vertieft diskutieren müssten und könnten. Ich glaube, ein großer Verdienst der Stiftung Marktwirtschaft ist, dass wir diese Themen auch in sehr komprimierter Fassung immer wieder vorgetragen bekommen. Meine Anregung ist, dass wir die nächsten Monate und Jahre nutzen, einen verstärkten ordnungspolitischen Dialog zu führen, daran fehlt es. Ich möchte mir aber auch in diesem Zusammenhang wünschen, dass es den Mitgliedern der Stiftung Marktwirtschaft und vielen, die sich ihr verbunden fühlen, besser gelingt, diese Themen bereits in den Schulen in Deutschland zum festen Bestandteil des Lehrauftrages werden zu lassen. Denn wenn wir uns einmal kritisch fragen, wie sollen denn Schülerinnen und Schüler in der Bundesrepublik Deutschland für die Soziale Marktwirtschaft eintreten, wenn ihre Eltern nichts mehr davon wissen und die Lehrer nicht mehr darüber berichten? Das geht nicht.

Abschließend in diesem Sinne also drei Bemerkungen: Erstens, herzlichen Glückwunsch Stiftung Marktwirtschaft zum 25-jährigen Jubiläum und dem Kronberger Kreis dazu! Zweitens, herzlichen Glückwunsch Abtprimas Notker Wolf! Fast alles, was er schreibt und sagt, ist richtig und drittens, ich freue mich auf jede vertiefte Diskussion über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft.“

KEESE: „Ihnen auf dem Podium ganz herzlichen Dank. Zum Abschluss noch eine Bemerkung,“ sagt Keese und hält mehrere Seiten Papier in die Höhe: „Das ist das Originalpapier, das Graf Lambsdorff 1982 am 9. September veröffent-

licht hat. Ich habe es heute in der Redaktion noch einmal mit meinen Kolleginnen und Kollegen diskutiert. Meine Behauptung ist, wenn Sie diesen Text heute in einer Zeitung abdrucken würden und das Datum weglassen und den Autor lassen, würde es jeder für einen aktuellen politischen Kommentar zur aktuellen Lage halten, so aktuell ist das, was vor 25 Jahren geschrieben wurde. Sprich, es sind längst nicht alle Probleme gelöst, die damals beziffert worden sind. Vielen Dank, Ihnen noch einen schönen Abend.“















Die Stiftung Marktwirtschaft

Die Stiftung Marktwirtschaft entwickelt als ein von Parteien und Interessengruppen unabhängiger Think-Tank zukunftsorientierte Lösungsvorschläge für die drängenden wirtschaftspolitischen Fragen in unserer Gesellschaft.

Sie wurde 1982 als Frankfurter Institut von namhaften Persönlichkeiten aus dem Raum Frankfurt am Main gegründet. Heute engagieren sich in unserem Stiftungsrat, im Freundeskreis und im Kuratorium Bürger aus ganz Deutschland.

Die Stiftung Marktwirtschaft arbeitet für eine Stärkung ordnungspolitischen Denkens in Deutschland und Europa. Konkret erfolgt dies derzeit z.B. durch unsere Anregungen für die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes oder unsere Vorschläge für eine echte Gesundheitsreform.

Auf große Resonanz ist unser umfassendes Steuerreformkonzept im Rahmen der Kommission Steuergesetzbuch mit detailliert ausformulierten Gesetzestexten gestoßen.

STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT steht für

mehr Freiheit

Erst Freiheit schafft die Voraussetzung für Leistungsbereitschaft und Übernahme von Verantwortung. Der Staat hat eine geeignete Ordnung hierfür herzustellen – mehr aber auch nicht.

mehr Markt

Unserer Ansicht nach kann der Markt – verbunden mit mehr Freiheit – für die Gesellschaft mehr Wohlstand hervorbringen als staatliches Handeln. Staatliche Eingriffe hemmen indes in vielen Lebensbereichen die Dynamik und Eigeninitiative der Menschen.

mehr Eigeninitiative

Der Staat hilft in der Not und schützt seine Bürger. Seine Aufgabe ist es jedoch nicht, fehlende Eigeninitiative zu ersetzen und vermeintlich Gleichheit für alle herzustellen. Hier gilt es stattdessen, erfolgreiche Anreizsysteme aufzubauen.

Zum Erreichen dieser Ziele entwickelt die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit ihrem wissenschaftlichen Beirat, dem Kronberger Kreis, konkrete marktwirtschaftliche Konzepte auf den Gebieten Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung und Steuern und trägt diese an die Politik heran:

- mit wissenschaftlich fundierten und praxisbezogenen Veröffentlichungen
- auf ergebnisorientierten Fachtagungen
- durch Gespräche mit Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft.

Die Stiftung Marktwirtschaft erhält keine staatlichen Mittel, sondern finanziert sich durch ihre Publikationen sowie durch die Unterstützung zahlreicher Spender und Mitglieder. Damit soll Unabhängigkeit gewährleistet sein.

Um Deutschland zukunftsfähig zu gestalten, ist das ökonomisch Notwendige zu tun und in einem klaren ordnungspolitischen Rahmen Wettbewerb, Verantwortung und Freiheit zu stärken.

Gemeinsam mit den Mitgliedern ihres Netzwerks sorgt die Stiftung Marktwirtschaft dafür, dass Eigeninitiative und marktwirtschaftliches Denken eine Chance haben. Heute und morgen. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



Von links nach rechts: Prof. Dr. Wernhard Möschel, Prof. Dr. Juergen B. Donges, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Prof. Dr. Johann Eekhoff, Prof. Dr. Clemens Fuest.

Der Kronberger Kreis

„Mehr Mut zum Markt“ lautet die Forderung des Kronberger Kreises, der 1982 auf Initiative von Wolfram Engels von namhaften Wirtschafts- und Juraprofessoren gegründet wurde. Der Kronberger Kreis ist der wissenschaftliche Beirat der Stiftung. Die Stiftung Marktwirtschaft nimmt die Arbeit des Kronberger Kreises als Grundlage und kommuniziert die Ergebnisse des Beirats. Seine Vorschläge bieten grundlegende Lösungen zu drängenden Fragen der Wirtschaftspolitik an, und manche Elemente einzelner Reformkonzepte wie die Rente mit 67 Jahren haben bereits Eingang in die Gesetzgebung gefunden.

Der Gründung des Kreises ist ein Forschungsvorhaben von Wolfram Engels mit dem Thema „Ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm“ vorausgegangen. Initiator und Förderer dieses Projektes war der Unternehmer Ludwig Eckes, der später mit zu den Gründern des Frankfurter Instituts zählte. Schon in dieser Frühphase und stärker noch nach der Gründung des Kronberger Kreises lässt man sich davon leiten, einer konsistenten und sorgfältig durchdachten Ordnungspolitik wieder den Platz einzuräumen, den sie in den ersten Jahren des Bestehens der Bundesrepublik gehabt hatte. Ziel soll die Verbreitung und Förderung einer auf der sozialen Marktwirtschaft aufbauenden Wirtschaftsordnung sein, die „für mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb und weniger Staatsintervention“ eintritt, wie Ulrich Weiss in seiner 2007 zum 25-jährigen Bestehen von Kronberger Kreis und Stiftung Marktwirtschaft veröffentlichten Schrift „Mehr Mut zu Freiheit und Markt“ rückblickend formuliert.

Dem Kronberger Kreis gehören heute folgende Mitglieder an:



Prof. Dr. Juergen B. Donges,

Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, ehemals Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Prof. Dr. Johann Eekhoff,

Sprecher des Kronberger Kreises, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik, des Instituts für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft und des Otto-Wolff-Instituts für Wirtschaftsordnung, ehemals Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz,

Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft



Prof. Dr. Clemens Fuest,

Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, Direktor des finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln und seit 2007 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen



Prof. Dr. Wernhard Möschel,

dienstältestes Mitglied des Kronberger Kreises (seit April 1984), Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Tübingen, seit 1987 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, von 2000 bis 2004 dessen Vorsitzender und früher Vorsitzender der Monopolkommission



Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann,

Institut für Internationale Wirtschaftspolitik an der Universität Bonn, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, von 1996 bis 2000 dessen Vorsitzender und seit 2006 Präsident der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften



Publikationen

Studien des Kronberger Kreises

Jahr	Titel	Nr.
2007	Unternehmensmitbestimmung ohne Zwang	47
2007	Erbschaftsteuer: Behutsam anpassen	46
2007	Dienstleistungsmärkte in Europa weiter öffnen	45
2006	Den Subventionsabbau umfassend voranbringen	44
2005	Den Stabilitäts- und Wachstumspakt härten	43
2005	Tragfähige Pflegeversicherung	42
2004	Flexibler Kündigungsschutz am Arbeitsmarkt	41
2003	Gute Gemeindesteuern	40
2002	Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen	39
2001	Privatisierung von Landesbanken und Sparkassen	38
2000	Abgeltungssteuer bei Kapitaleinkommen	37
2000	Die föderative Ordnung in Not – Zur Reform des Finanzausgleichs	36
1999	Arbeitszeiten und soziale Sicherung flexibler gestalten	35
1998	Die Aufgaben – Wirtschaftspolitische Orientierung für die kommenden Jahre	34
1998	Osterweiterung der Europäischen Union	33
1998	Eastern Enlargement of the European Union	33
1998	Globalisierter Wettbewerb	32
1997	A social Union for Europe?	31
1996	Sozialunion für Europa?	31
1996	Steuerreform für Arbeitsplätze und Umwelt	30
1994	Einwanderungspolitik – Möglichkeiten und Grenzen	29
1994	Mehr Langfristdenken in Gesellschaft und Politik	28
1993	Zur Reform der Hochschulen	27

Studien des Kronberger Kreises (Fortsetzung)

1993	Privatisierung auch im Westen	26
1992	Einheit und Vielfalt in Europa – Für weniger Harmonisierung und Zentralisierung	25
1992	Unity and Diversity in Europe – An Argument for Less Harmonisation and Centralisation	25
1992	Unité et Diversité en Europe – Pour moins d’Harmonisation et de Centralisation	25
1992	Zur Wirtschaftsreform in Osteuropa	24
1991	Reform der öffentlichen Verwaltung	23
1990	Wirtschaftspolitik für das geeinte Deutschland	22
1990	Soziale Marktwirtschaft in der DDR – Reform der Wohnungswirtschaft	21
1990	Soziale Marktwirtschaft in der DDR – Währungsordnung und Investitionsbedingungen	20
1989	Mehr Markt in Hörfunk und Fernsehen	19
1989	Reform der Unternehmensbesteuerung	18
1988	Mehr Markt in der Energiewirtschaft	17
1988	Das soziale Netz reißt	16
1987	Mehr Markt in der Telekommunikation	15
1987	Reform der Alterssicherung	14
1987	Mehr Markt im Gesundheitswesen	13
1986	Mehr Mut zum Markt – Konkrete Problemlösungen	12
1986	Bürgersteuer – Entwurf einer Neuordnung von direkten Steuern und Sozialleistungen	11
1986	Mehr Markt im Arbeitsrecht	10
1985	Mehr Markt für den Mittelstand	9
1984	Für eine Neue Agrarordnung – Kurskorrektur für Europas Agrarpolitik	8
1984	Mehr Markt in der Wohnungswirtschaft	7
1984	Die Wende – Eine Bestandsaufnahme der deutschen Wirtschaftspolitik	6
1984	Arbeitslosigkeit – Woher sie kommt und wie man sie beheben kann	5
1984	Mehr Markt im Verkehr	4
1983	Mehr Beteiligungskapital	3
1983	Vorschläge zu einer „Kleinen Steuerreform“	2
1983	Mehr Mut zum Markt	1

Zusammenfassungen der Schriften des Kronberger Kreises

1997	Mit Marktwirtschaft aus der Krise	Band 6 (1993–1996)
1997	Vertrauen in die Marktwirtschaft	Band 5 (1990–1992)
1997	Mehr Markt – Weniger Staat	Band 4 (1987–1989)
1987	Mehr Markt schafft Wohlstand	Band 3 (1985–1987)
1985	Verordnete Verschwendung	Band 2 (1984)
1984	Mehr Mut zum Markt	Band 1 (1983–1984)

Kleine Handbibliothek

2005	Norbert Berthold und Sascha von Berchem: Arbeitsmarktpolitik in Deutschland – Seit Jahrzehnten in der Sackgasse	36
2003	Lüder Gerken, Guido Raddatz, Richard Giesen, Volker Rieble und Dominik Jochums: Berufsgenossenschaften und Wettbewerb	35
2003	Matthias Meyer: Kirchen und soziale Marktwirtschaft – Eine ordnungspolitische Perspektive	34
2002	Johann Eekhoff und Steffen J. Roth: Brachliegende Fähigkeiten nutzen, Chancen für Arbeitslose verbessern	33
2002	Norbert Berthold und Sascha von Berchem: Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut	32
2000	Johann Eekhoff und David F. Milleker: Die Aufgaben der Arbeitslosenversicherung neu bestimmen	31
2000	Axel Börsch-Supan und Melanie Lührmann: Prinzipien der Renten- und Pensionsbesteuerung	30
2000	Prosperität in einer alternden Gesellschaft	29
2000	Norbert Berthold: Mehr Beschäftigung – Sisyphusarbeit gegen Tarifpartner und Staat	28
1999	Alfred Zänker: Weltwirtschaft wohin? – Langzeitdenken als Orientierungshilfe	27
1999	Perspektiven des Europäischen Kartellrechts – Redigiertes Protokoll einer Tagung des Frankfurter Instituts	26
1998	Alfred Zänker: Der Sozialstaat – Verlockung und Verirrung im Spiegel Schweden	25
1997	Schlüsselfrage Innovationsfähigkeit (Tagungsband)	24
1997	Rentenreform – Lehren von draußen (Tagungsband)	23
1997	Walter Hamm: Wohnungsmärkte im Aufbruch – Privatisierung des Wohnens in Transformationsländern	22
1997	Rentenkrise – Und wie wir sie meistern können	21

Kleine Handbibliothek (Fortsetzung)

1996	Schranken gegen Staatsverschuldung und Steuerlast	20
1996	Wernhard Möschel: Rabattgesetz und Deregulierung	19
1996	Bernd Rütters: Beschäftigungskrise und Arbeitsrecht – Zur Arbeitsmarktpolitik der Arbeitsgerichtsbarkeit	18
1996	Horst M. Schellhaaß: Die Zukunft des Arbeitsmarktes – Wege zu mehr Beschäftigung	17
1996	Kartellrecht in der Reform (Tagungsband)	16
1995	Walter Hamm: Zwischen Zwangswirtschaft und Markt – Wohnungspolitik für Ostdeutschland	15
1995	Olaf Sievert: Regionale Wirtschaftsförderung und die Transformation in den neuen Bundesländern	14
1995	Wernhard Möschel: Den Staat an die Kette legen – Gegen die Aushöhlung des Wettbewerbs durch den Staat	13
1994	Norbert Berthold: Dauerkrise am europäischen Stahlmarkt – Markt- oder Politikversagen?	12
1994	Walter Hamm: Zeit zum Umsteuern – Wohnungspolitik im Spannungsfeld von Wirtschaft und Gesellschaft	11
1992	Renate Merklein: Die überfällige Reform – Das Gesundheitswesen im Strudel der Politik	10
1992	Olaf Sievert: Für Investivlöhne – Plädoyer für ein vernachlässigtes Konzept	9
1992	Verkehrspolitik kontrovers (Tagungsband 1992)	8
1991	Herbert Giersch: Europas Wirtschaft 1991 – Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West (1991)	7
1991	Tarifautonomie kontrovers (Tagungsband)	6
1990	Studiendauer kontrovers (Tagungsband)	5
1990	Carl Christian von Weizsäcker: Herausforderung Soziale Marktwirtschaft	4
1989	Armin Gutowski: Politischer Widerstand gegen die Vernunft	3
1989	Industriepolitik kontrovers (Tagungsband)	2
1988	Steuersystem und Wirtschaftswachstum (Tagungsband)	1

Einzelhefte Tagungsberichte

2007	Föderalismusreform II – Balanceakt zwischen Wettbewerb und Solidarität
2007	Gesundheit – Gibt es ein Leben nach der Reform?
2007	Finanzaufsicht im Wandel
2007	Bürgergeld und Grundeinkommen – Geniestreich oder Wahnsinn?

Einzelhefte Tagungsberichte (Fortsetzung)

2006	Reform of the EU Budget
2006	Wege zu mehr Beschäftigung
2006	Reform des Kündigungsschutzes
2006	Zukunftsfeste Pflegeversicherung
2005	Kommission „Steuergesetzbuch“: Ein neues Einkommensteuergesetz für Deutschland
2005	Korporatismus als Reformhindernis?
2005	Was nun, Deutschland – Reformstrategien für die kommende Legislaturperiode
2005	Kommission „Steuergesetzbuch“: Vier Säulen für die Kommunal Finanzen
2005	Kommission „Steuergesetzbuch“: Neuordnung der Unternehmensteuer
2005	Kommission „Steuergesetzbuch“: Expertengespräch Integrationsmodelle
2004	Staatsverschuldung: Medikament oder Droge?
2004	Bürgerhaushalt Bundesstaat: Die Stiftungsallianz fragt nach Leitbildern für einen modernen Föderalismus in Deutschland
2004	Bürgerhaushalt Bundesstaat: Verantwortlich – handlungsfähig – bürgernah. Wege zur Aufgabenteilung im Bundesstaat
2004	Bürgerhaushalt Bundesstaat: Föderalismusreform in Deutschland: Reform der Institutionen und die Rolle der Landtage
2004	Bürgerhaushalt Bundesstaat: Verantwortung ernst nehmen – Föderale Finanzverfassung, Bildung und Forschung
2004	Für ein zukunftsfestes Gesundheitssystem
2003	Von der Arbeitsmarktpolitik zur Beschäftigungspolitik
2003	Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen
2002	Veranlagung – Abgeltung – Steuerfreiheit
2002	Bürgerhaushalt fördern und fordern

Tagungsbände

2003	Guido Raddatz und Gerhard Schick (Hrsg.): Damit Hartz wirkt!
2003	Gerhard Schick (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Fundamentalismus
2003	Gerhard Schick (Hrsg.): Veranlagung – Abgeltung – Steuerfreiheit Besteuerung von Kapitalerträgen im Rechtsstaat

Tagungsbände (Fortsetzung)

- 2002 Guido Raddatz (Hrsg.): Bürgernah fördern und fordern –
Konzepte für eine effiziente Arbeitsvermittlung und Grundsicherung
- 2001 Paul Kirchhof und Manfred J.M. Neumann (Hrsg.): Freiheit, Gleichheit, Effizienz –
Ökonomische und verfassungsrechtliche Grundlagen der Steuergesetzgebung
- 2001 David F. Milleker (Hrsg.): Beschäftigungspolitik in Europa
- 2000 Konrad Morath (Hrsg.): Rohstoff Bildung
- 1999 Konrad Morath (Hrsg.): Reform des Föderalismus
- 1998 Konrad Morath (Hrsg.): Verlässliche soziale Sicherung
- 1996 Konrad Morath (Hrsg.): Welt im Wandel – Wege zu dauerhaft umweltgerechtem Wirtschaften
- 1994 Konrad Morath (Hrsg.): Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung – Reformkonzepte, Reformpraxis

Kommission „Steuergesetzbuch“

- 2006 Kommission „Steuergesetzbuch“: Steuerpolitisches Programm
- 2005 Tagungsbericht: Ein neues Einkommensteuergesetz für Deutschland
- 2005 Tagungsbericht: Vier Säulen für die Kommunalfinanzen
- 2005 Tagungsbericht: Neuordnung der Unternehmensteuer
- 2005 Tagungsbericht: Expertengespräch Integrationsmodelle
- 2005 Projektkonzept

Stiftungsallianz „Bürgernahe Bundesstaat“

- 2006 Hans-Peter Schneider: Finanzautonomie von föderalen Gliedstaaten und Kommunen –
Ein internationaler Vergleich (Forum Föderalismus 2006)
- 2005 Hans-Peter Schneider: Struktur und Organisation des Bildungswesens in Bundesstaaten –
Ein internationaler Vergleich (Forum Föderalismus 2005)

Stiftungsallianz „Bürgernahe Bundesstaat“ (Fortsetzung)

- 2004 Michael Buse: Bildungspolitik im föderativen System und internationaler Einfluß (Forum Föderalismus 2004)
- 2004 Thomas Fischer, Gerhard Hirscher, Udo Margedant, Gerhard Schick, Horst Werner:
Föderalismusreform in Deutschland (Forum Föderalismus 2004)
- 2004 Lars P. Feld: Fiskalischer Föderalismus in der Schweiz (Forum Föderalismus 2004)
- 2004 Roland Sturm: Bürgergesellschaft und Bundesstaat (Forum Föderalismus 2004)

Sonstige Publikationen

- 2007 Ulrich Weiss: Mehr Mut zu Freiheit und Markt, 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis
- 2007 DVD Stiftung Marktwirtschaft: Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Studien des Kronberger Kreises 1983–2007
- 2003 Wolfram-Engels-Preis 2002: Preisträger: Tommy G. Thompson
- 2001 Wolfram-Engels-Preis 2000: Preisträger: Mario Monti
- 2001 Lüder Gerken, Volker Rieble, Thomas Straubhaar: Mehr Mut zur Zuwanderung
- 2000 Wolfram-Engels-Preis 1999: Preisträger: Peer Ederer und Philipp Schuller
- 2000 Peter Gillies: marktwirtschaft.de
- 1998 Wolfram-Engels-Preis 1998: Preisträger: Gunnar Uldall und Rüdiger Soltwedel
- 1995 Wolfram Engels 1933–1995 in memoriam „Gedenken und Dank von Freunden und Kollegen“

Sammelbände „Argumente“

- 2000 Gert Dahlmanns (Hrsg.): Argumente zu Marktwirtschaft und Politik (Sammelband 1992 bis 2000)
- 1992 Gert Dahlmanns (Hrsg.): Argumente zur Wirtschaftspolitik (Sammelband 1988 bis 1992)

Einzelhefte „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“

2007	Deutschland – eine lohnende Investition?	101
2007	Die Generationenbilanz – Brandmelder der Zukunft (Update 2007)	100
2007	Irrglaube Mindestlöhne	99
2006	Mehr Freiheit wagen	98
2006	Brandmelder der Zukunft – Die aktuelle Generationenbilanz	97
2006	Wider die Aushöhlung der Welthandelsordnung – Für mehr Regeldisziplin	96
2005	Wer gewinnt, wer verliert? Die interne Rendite der Gesetzlichen Pflegeversicherung	95
2005	Privatisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung? – Ein Alternativvorschlag zur gegenwärtigen Reformstrategie	94
2005	Bundestagswahl 2005 – Programme auf dem Prüfstand	93
2005	Privatversicherung für alle – Ein Zukunftsmodell für das Gesundheitswesen	92
2005	Bürokratieabbau in Deutschland – Versinkt unsere Zukunft im Regelsumpf?	91
2005	Reformoptionen in der Arbeitslosenversicherung – Was ist kurzfristig machbar?	90
2005	Die angekündigte Katastrophe – Pensionslasten der Bundesländer im Vergleich	89
2004	Zweite rot-grüne Halbzeitbilanz – Kein Grund zum Ausruhen	88
2004	Der neue europäische Verfassungsvertrag – Zentralisierungstendenzen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik	87
2004	Die Arbeitslosenstatistik – Zwischen konzeptioneller Unschärfe und politischer Manipulierbarkeit	86
2004	Europa vor der Wahl II – Weiterentwicklung der föderalen Ordnung	85
2004	Europa vor der Wahl I – Verwirklichung des Binnenmarktes	84
2004	Bundesstaatsreform II – Bessere Politik durch eine transparente und effiziente Finanzverfassung	83
2004	Bundesstaatsreform I – Für eine bürgernahe, effiziente und transparente Politik	82
2004	Wege zur europäischen Verfassung V – Weniger Steuerbetrug durch sachgerechte EU-Kompetenzen bei der Umsatzbesteuerung	81
2004	Wege zur europäischen Verfassung IV – EU-Kompetenzen bei der Unternehmensbesteuerung: Für mehr und für besseren Steuerwettbewerb	80
2003	„Bürgerversicherung“ und „Kopfpauschale“ – Im Dickicht der Gesundheitsreform	79
2003	Im Schneckentempo Richtung Zukunft – Deutschland ein Jahr nach der Wahl	78
2003	Wege zur europäischen Verfassung III – Braucht Europa eine Steuer?	77
2003	Wege zur europäischen Verfassung II – Reformbedarf in der Komitologie	76

Einzelhefte „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ (Fortsetzung)

2003	Wege zur europäischen Verfassung I – Wer garantiert die Subsidiarität?	75
2003	100 Tage Rot-Grün II – Eine erste Bilanz der „zweiten Halbzeit“	74
2002	Deutschland im Reformstau – Bewertung des Koalitionsvertrags	73
2002	Deutschland im Reformstau – Musterkoalitionsvertrag	72
2002	Deutschland im Reformstau – Maßnahmenkatalog III: Ordnungspolitische Grundsatzfragen	71
2002	Deutschland im Reformstau – Maßnahmenkatalog II: Föderale Ordnung	70
2002	Deutschland im Reformstau – Maßnahmenkatalog I: Soziale Ordnung	69
2002	Kontrovers diskutiert: Direkte Demokratie auf Bundesebene?	68
2000	Zur Erledigung: Was in Politik und Gesellschaft jetzt ansteht	67
2000	C. Christian von Weizsäcker: Über Marktwirtschaft und Marktgesellschaft	66
1999	Ostdeutschland im zehnten Jahr der Einheit: Was zu tun und was zu lassen ist	65
1999	Scheinselbständigen- und 630-Mark-Gesetz: Korrekturen erforderlich	64
1999	Ökologische Steuerreform: Zu viele Illusionen	63
1998	Deutschland in der Prüfung (7) – Steuerreform	62
1998	Deutschland in der Prüfung (6) – Zum Arbeitsmarkt	61
1998	Deutschland in der Prüfung (5) – Zum Bildungssystem	60
1998	Deutschland vor der Wahl – Aus den Programmen der Parteien	59
1998	Deutschland in der Prüfung (4) – Gesundheitsreform	58
1998	Deutschland in der Prüfung (3) – Rentenreform	57
1998	Deutschland in der Prüfung (2) – Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen	56
1998	Deutschland in der Prüfung – Mit Mut zum Markt aus der Misere	55
1997	Gegen eine Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung der Sozialabgaben	54
1996	Unternehmen Deutschland in Gefahr: Offensive für Konsolidierung und Wirtschaftlichkeit notwendig	53
1995	Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik – Die Tarifautonomie in der Bewährungsprobe	52
1995	Jetzt das Steuersystem erneuern – Damit Deutschland sich weiter behaupten kann	51
1994	Vor der Wahl – Versuch einer Verständigung auf das Wesentliche	50
1994	Sozialräume	49
1994	Politische Führung – Der vernachlässigte Standortfaktor	48

Einzelhefte „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ (Fortsetzung)

1993	Soziale Sicherheit schaffen – Eigenvorsorge statt krisenanfälligen Kollektivismus	47
1993	Zwang zum Strukturwandel: Hilfestellung durch Industriepolitik?	46
1993	Deutschland verrechnet sich – Nicht nur im Solidarpakt	45
1992	Sind wir noch zu retten? Deutschland auf dem Weg in die Staatsmedizin	44
1992	Wirtschaftspolitik im geeinten Deutschland: Der Kronberger Kreis zu Kernfragen der Integration	43
1992	Wirtschaftspolitik im geeinten Deutschland: Sanierungsfall Staatsfinanzen	42
1992	Teure Bahn: Ohne Reform bald unbezahlbar	41
1992	Durchforstung des Steuerdschungels: Von der Quellensteuer zur notwendigen Neuordnung unseres Steuersystems	40
1991	Abfallwirtschaft – Als Teil unserer Volkswirtschaft begreifen	39
1991	Darauf kommt es an beim Aufbau des geeinten Deutschlands	38
1991	Pflegefall-Versicherung – Statt altem Teufelskreis endlich Zukunftsweisendes aufbauen	37
1991	Im Brennglas: Arbeitslosigkeit und Tarifpraxis in den neuen Ländern	36
1991	Luftröhrenschnitt Eigentumszuordnung: Entschädigung vor Rückgabe	35
1991	Das Ärgernis der deutschen Rundfunkordnung	34
1990	Reform der Unternehmensbesteuerung – Im vereinten Deutschland noch dringlicher	33
1990	Wirtschaftsreformen in der DDR – Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen	32
1990	Wirtschaftsreformen in der DDR – Das Eigentum in der Marktwirtschaft	31
1990	Deutsche Währungsunion – Die Risiken sind beherrschbar	30
1990	Wirtschaftsreformen in der DDR – Das Soziale in der Marktwirtschaft	29
1989	Wirtschaftsreformen in der DDR – Der Weg vom Plan zum Markt	28
1989	Kohlepolitik – Chance für einen neuen Anfang	27
1989	Wettbewerbsfaktor Unternehmenssteuern – Reform unverändert notwendig	26
1989	Wirtschaftswachstum: Problemlöser? Sackgasse?	25
1989	Economic growth: Problem-solver or Cul-de sac?	25
1989	Croissance économique: Solution des Problèmes ou Impasse?	25
1989	Wohnungsmarkt Bundesrepublik – Weniger Staat bringt mehr	24
1989	Europa morgen und übermorgen – Die Weichen werden heute gestellt	23
1989	Europe tomorrow and the Day after – The stage is being set today	23

Einzelhefte „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ (Fortsetzung)

1989	L' Europe de demain et d'après-demain – Le choix des Options se fait aujourd'hui	23
1988	Sicherheit im Alter, Gerechtigkeit zwischen den Generationen	22
1988	Wettbewerbsfaktor Telekommunikation	21
1988	Wettbewerbspolitik auf Abwegen	20
1988	Arbeitsplatz Bundesrepublik: Gerüstet für die Zukunft?	19
1988	Die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft	18
1988	Die Reform des Gemeindesteuersystems	17
1988	Die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung	16
1987	Große Steuerreform	15
1987	Investitionsstandort Deutschland: Standortfaktor Unternehmensbesteuerung	14
1987	Wirtschaftsreformen in der DDR	13
1987	Protektionismus – Eine gefährliche Versuchung	12
1987	Flexibilität in der Arbeitswelt	11
1987	Volkszählung	10
1987	Umweltschutz heute	9
1986	Arbeitsmarkt heute	8
1986	Wohlstand heute	7
1986	Vermögensbeteiligung: Staatliche Förderung überflüssig	6
1986	Wohnungsmarkt: Gemeinnützigkeit auf dem Prüfstand	5
1986	Ladenschlußgesetz: Mehr Freiheit bringt Vorteile für alle	4
1986	§116 Arbeitsförderungsgesetz: Es geht um die Neutralität des Staates	3
1985	Die Legende vom „Sozialabbau“	2
1985	Positive Signale am Arbeitsmarkt	1



Wolfram-Engels-Preis

Der Wolfram-Engels-Preis ist ein vom Verleger Klaus Kunkel initiiertes und der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik – gestifteter Preis. Mit dieser heute von der informedia-Stiftung und der Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam verliehenen Auszeichnung werden Ideen, Leistungen und Projekte aus dem unternehmerischen, wissenschaftlichen oder politischen Bereich gewürdigt, die einen eigenständigen, zukunftsweisenden Beitrag zur Festigung und Weiterentwicklung unserer freiheitlichen, auf Markt und Menschenwürde gestützten Gesellschaftsordnung leisten. Der Wolfram-Engels-Preis wurde erstmals 1998 verliehen.

Der Jury für die Auswahl des Preisträgers 2007 gehörten an:

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises, Köln

Heike Göbel, Redakteurin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frankfurt am Main

Dr. Rainer Hildmann, Vorsitzender des Kuratoriums der informedia-Stiftung, München

Christoph Keese, Chefredakteur der Welt am Sonntag, Berlin

Marietta Kurm-Engels, Handelsblatt, Bad Homburg

Prof. Dr. Joachim Lang, Vorsitzender der Kommission „Steuergesetzbuch“, Bergisch-Gladbach

Prof. Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Marktwirtschaft, Bad Homburg

Prof. Dr. Theo Siegert, Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung Marktwirtschaft, Düsseldorf

Die bisherigen Preisträger



1998

Rüdiger Soltwedel,
Institut für Weltwirtschaft,
geehrt für seine Vorschläge
für eine Reform der
Arbeitsmarktordnung



und Gunnar Uldall,
Wirtschaftspolitiker,
geehrt für seine
Vorschläge zur Reform
der Einkommensteuer



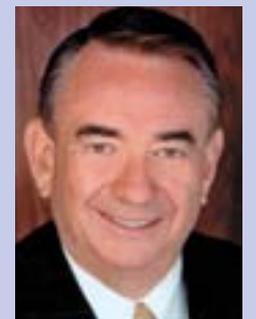
1999

Peer Ederer und Philipp Schuller,
ausgezeichnet für ihren Geschäftsbericht
Deutschland AG



2001

Mario Monti,
EU-Wettbewerbskommissar,
ausgezeichnet für sein
nachdrückliches Eintreten
für Markt und Wettbewerb
in Europa



2003

Tommy G. Thompson,
Gesundheitsminister USA,
geehrt für sein Projekt
„Wisconsin Works“

Anmelde-Liste 18. Juni 2007

Prof. Dr. Klaus Adomeit

Ilse Aigner MdB

Deutscher Bundestag

Thorsten Alsleben

ZDF

Kerstin Andreae MdB

Deutscher Bundestag

Thomas Bareiß MdB

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. h.c. Roland Berger

Roland Berger Strategy

Consultants GmbH

Dr. Winfred Bernhard

Deutscher Bundestag

Marita Bernhardt

Stiftung Marktwirtschaft

Wolfgang Bersch

Boyden International GmbH

Lothar Binding MdB

Deutscher Bundestag

Clemens Binninger MdB

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Ulrich Blum

Institut für Wirtschaftsforschung

Halle

Werner Borgers

Borgers AG

Dr. Christoph Braß

Bundespräsidialamt

Klaus Bräunig

BDI

Mechthild Brenner

BKK Mittelstandsoffensive

Dr. Dr. h.c. Ulrich Brixner

DZ Bank AG

Dr. Ulrich Brocker

Verband der Metallindustrie BW

e.V.

Wolfgang Bühner

Harald Christ

HCI Capital AG

Dr. Gert Dahlmanns

Zeppelin University gGmbH

Thomas Deininger

Deininger Unternehmens-

beratung GmbH

Dr. Daniel Delhaes

Vanity Fair

Ralf Diemer

Verband der Automobilindustrie

Arve Dinda

Dr. Detmar Doering

Friedrich-Naumann-Stiftung

Prof. Dr. Juergen B. Donges

Kronberger Kreis

Marie-Luise Dött MdB

Deutscher Bundestag

Dr. Thea Dückert MdB

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Johann Eekhoff

Universität zu Köln | Kronberger

Kreis

Hans Eichel MdB

Bundesminister a.D.

Prof. Dr. Michael Eilfort

Stiftung Marktwirtschaft

Fritz Emrich

Dr. Bernd Erle

KPMG

Astrid Evert

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio

Bundesverfassungsgericht

Georg Fahrenschoen MdB

Deutscher Bundestag

Ilse Falk MdB

Deutscher Bundestag

Franz-Otto Falke

Falke-Gruppe

Volker Fasbender

Hessen Metall

Prof. Dr. Dieter Feddersen

Dräger-Stiftung

Prof. Dr. Gerhard Fels

Paul-Johannes Fietz

Bundesministerium des Innern

Klaus-Peter Flosbach MdB

Deutscher Bundestag

Corinna Frank

Bundesministerium der Finanzen

Christa Franke

BVI

Prof. Dr. Dr. h.c. mult.

Wolfgang Franz

ZEW | Kronberger Kreis

Dr. Reinhart Freudenberg

Freudenberg & Co.

Dr. Ulrich Frhr. von Freyberg-

Eisenberg

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB

Deutscher Bundestag

Dr. Matthias Fritton

Dresdner Bank AG

Dr. Hans-Peter Fröhlich

Institut der deutschen Wirtschaft

Dr. Michael Fuchs MdB

Deutscher Bundestag

Dr. Jörg Frhr. Frank von

Fürstenwerth

GDV

Dr. Thomas Gäckle

Deutscher Bundestag

Hermann Ottmar Gauß

Landesbank Liechtenstein Zürich

Roger Gerhardy

OSA, Inst. zur Förderung Journ.

Nachwuchses

Michael Glos MdB

Bundesminister für Wirtschaft

und Technologie

Heike Göbel

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Gotthard Graß

ZVEI

Thomas Haberkamm

Linde AG

Dr. Wolfgang Hacker

Dr. Peter M. Haid

Hauck & Aufhäuser

Anja Hajduk MdB

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Walter Hamm

Dr. Wolfgang Händel

Hansgeorg Hauser

Commerzbank AG

Margaret Heckel

Die Welt

Dr. Michael Heidler

Ursula Heidler-Micklisch

Prof. Dr. Michael Heise

Allianz Gruppe | Dresdner Bank

Dr. Barbara Hendricks MdB

Bundesministerium der Finanzen

Heiner Herkenhoff

Bundesverband deutscher

Banken

Prof. Dr. Norbert Herzig

Universität zu Köln

Christian Hildmann

Kabel Baden-Württemberg

Dr. Rainer Hildmann

informedia-Stiftung

Ernst Hinsken MdB

Deutscher Bundestag

Frau van Hooven**Dr. Eckart van Hooven****Dr. Karen Horn**

Institut der deutschen Wirtschaft

Dr. Heinrich Hornef**Susanna Hübner**

Stiftung Marktwirtschaft

Karl Eberhard Hunke

Pinstripe Management GmbH

Prof. Dr. Michael Hüther

Institut der Deutschen Wirtschaft

Dr. Michael J. Inacker

WirtschaftsWoche

Dr. Dirk Ippen

Münchener Zeitungs-Verlag GmbH

Dr. Beate Jochimsen

Freie Universität Berlin

Peter Jungen

Peter Jungen Holding GmbH

Petra Juritz

Stiftung Marktwirtschaft

Christoph Keese

Welt am Sonntag

Wolfgang Kirsch

DZ Bank AG

Eckart von Klaeden MdB

Deutscher Bundestag

Dr. Georg Kleemann

Bundeskanzleramt

Dr. Carl Dominik Klepper

Stiftung Marktwirtschaft

Dana Klöppel

Stiftung Marktwirtschaft

Christoph von Knobelsdorff

ASU e.V. | BJU

Manuela Knoob

Universität Passau

Dr. Heinrich Leonhard Kolb MdB

Deutscher Bundestag

Wolfgang Kopf

Deutsche Telekom AG

Frau Krahen**Prof. Dr. H. Joachim Krahen****Dirk H. Kranen**

Bundespräsidialamt

Gunther Krichbaum MdB

Deutscher Bundestag

Josef Krieg

Robert Bosch Stiftung

Dr. Günter Krings MdB

Deutscher Bundestag

Dr. Martina Krogmann MdB

Deutscher Bundestag

Fritz Kuhn MdB

Deutscher Bundestag

Klaus Kunkel

informedia-Stiftung

Marietta Kurm-Engels

Handelsblatt

Alexandra Gräfin Lambsdorff**Dr. Otto Graf Lambsdorff**

Bundesminister a.D.

Dr. Norbert Lammert MdB

Deutscher Bundestag

Heinz Lanfermann MdB

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Joachim Lang

Universität zu Köln

Prof. Dr. Hans Joachim**Langmann**

E. Merck OHG

Dr. Rainhardt Frhr. von**Leoprechting**

Metro AG

Tobias Lobe

BUNTE

Loni Lüke

coaching for corporate culture

Prof. Dr. Hubert Markl

Universität Konstanz

Dr. Renate Meier

Landesvertretung des Freistaates

Thüringen

Dr. Michael Meister MdB

Deutscher Bundestag

Friedrich Merz MdB

Deutscher Bundestag

Dr. h.c. Hans Michelbach MdB

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Meinhard Miegel

IWG Bonn

Dr. Konrad Morath

VDMA

Prof. Dr. Wernhard Möschel

Universität Tübingen | Kronberger

Kreis

Dr. Reinhard Möstl

Olzog-Verlag

Florian Müller

Global Chiropractic

Stefan Müller MdB

Deutscher Bundestag

Dr. Hugo Müller-Vogg

Axel-Springer-Verlag

Dr. Sighart Nehring

Allianz SE

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann

Universität Bonn | Kronberger

Kreis

Dirk Niebel MdB

Deutscher Bundestag

Klaus Nimitz

informedia-Stiftung

Prof. Dr. Rolf Nonnenmacher

KPMG

Dr. Jens Odewald

Odewald & Compagnie GmbH

Dr. Walther Otremba

Bundesministerium für

Wirtschaft und Technologie

Dr. Martin Peltzer

CMS Hasche Sigle

Kai Uwe Peter

Landesbank Berlin Holding

Prof. Detlef W. Prinz

Prinz Medien

Cornelia Quennet-Thielen

Bundespräsidialamt

Dr. Guido Raddatz

Stiftung Marktwirtschaft

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Universität Freiburg | Stiftung

Marktwirtschaft

Dr. Christian Ramthun

WirtschaftsWoche

Dr. Peter Rásonyi

Neue Zürcher Zeitung

Dr. Armgard von Reden

IBM Deutschland GmbH

Christian Reiermann

Der Spiegel

Dr. Christoph Reker

DZ Bank Stiftung

Hans Hermann Reschke

B. Metzler seel. Sohn & Co.

Donata Riedel

Handelsblatt

Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB

Deutscher Bundestag

Dr. Harald Ring

Treuhand- und Revisions AG

Niederrhein

Eric Romba

Verband Geschlossene Fonds e.V.

Dr. Bernhard Schareck

Karlsruher HK AG

Hartmut Schauerte MdB

Bundesministerium für

Wirtschaft und Technologie

Otto Schily MdB

Bundesminister a.D.

Erik M. Schmauser

DREI-S-WERK

Christoph Schmidt-Krayer

Schmidt + Clemens GmbH + Co.

Ulrich Schmitz

Thyssen Krupp AG

Olaf Scholz MdB

Deutscher Bundestag

Markus Schubert

NDR

Dr. Philipp Schuller

Deutschland Denken

Karl-Sebastian Schulte

Deutscher Bundestag

Prof. Karl-Heinz Schumacher

Schumacher Holding GmbH

Hans-Peter Schütz

STERN

Dr. Christiane Schwarte

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. h.c. mult.**Nikolaus Schweickart**

ALTANA Kulturstiftung

Rosely Schweizer

Henkell & Söhnlein-Gruppe

Dr. Joachim Seeler

Verband Geschlossene Fonds e.V.

Prof. Dr. Theo Siebert

de Haen Carstanjen & Söhne

Prof. Dr. Dr. Iwan Sokolowsky

Societas Jesu, Wien

Dr. Hermann Otto Solms MdB

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Rüdiger Soltwedel

Institut für Weltwirtschaft

Dr. Elizabeth Sommerlad**Dr. Mark Speich**

Deutscher Bundestag

Jörg-Otto Spiller MdB

Deutscher Bundestag

Mirjam Stegherr

Politik & Kommunikation

Holger Steltzner

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Dr. Ekkehard Storck**Thomas Strobl MdB**

Deutscher Bundestag

Barbara Tarazi**Jens Tartler**

Financial Times Deutschland

Nicolai Tewes

Allianz SE

Carl-Ludwig Thiele MdB

Deutscher Bundestag

Roland Tichy

Handelsblatt

Prof. Dr. Paul U. Unschuld

Charité Berlin

Hubertus T. Väth

NewMark Finanzkommunikation

GmbH

Roland Vogelmann

Schwäbisch-Hall Stiftung

Dr. Martin Wansleben

DIHK

Prof. Dr. Manfred Weber

Bundesverband deutscher

Banken e.V.

Angela Wefers

Börsen-Zeitung

Dr. Jens Weidmann

Bundeskanzleramt

Heidi Weigand-Diederichs

informedia-Stiftung

Prof. Dr. Hanns-Jürgen Weigel**Nimrod Weiner**

Global Chiropractic

Dr. Ulrich Weiss

Deutsche Bank AG

Joachim Weith

Fresenius AG

Prof. Dr. C. Ch. v. Weizsäcker

Max-Planck-Institut

Reinhold Welina

DIN Deutsches Institut für

Normung

Dr. Hans H. Wenkebach

Stiftung Marktwirtschaft

Dr. Michael Werhahn

Wilh. Werhahn KG

Dr. Horst Werner

Friedrich-Naumann-Stiftung

Annette Widmann-Mauz MdB

Deutscher Bundestag

Dr. Michael Wilhelm

Landesvertretung des Freistaates

Sachsen

Frau Willgerodt**Prof. Dr. Hans Willgerodt****Lars Windhorst**

VATAS Holding GmbH

Dr. Notker Wolf

Ordo Sancti Benedicti

Margareta Wolf MdB

Deutscher Bundestag

Hartfrid Wolff MdB

Deutscher Bundestag

Friedrich-Wilhelm Wulfmeyer

Bundeskanzleramt

Prof. Dr. Michael Zöllner

Universität Bayreuth

Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

TUI AG

Impressum

© 2007
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Redaktion & Realisation: Susanna Hübner
Satz/Layout: Klaus Decker
Fotos: Kay Herschelmann
Druck: Bloch & Co Berlin

ISBN 3-89015-105-1

Die Veranstaltung fand am 18. Juni 2007 in Berlin statt.

Der DZ Bank gilt unser Dank für die Unterstützung
der Festveranstaltung.

Wir danken der informedia-Stiftung für die Förderung
der Preisverleihung und der Publikation.